

Stenografischer Bericht

2. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 21. Jänner 2020

Beginn: 09:59 Uhr

Entschuldigungen: Landesrat Seitinger und LTAbg. Forstner

AN. Einl.Zahl 160/1

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Angelobung von Abgeordneten*

B1. Einl.Zahl 188/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Die Arbeit des psychosozialen Unterstützungsteams muss aufrechterhalten werden!*

Frage: LTAbg. Dipl.-Ing. Köck (64)

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Dr. Bogner-Strauß (65)

Zusatzfrage: LTAbg. Dipl.-Ing. Köck (66)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Mag. Dr. Bogner-Strauß (67)

B2. Einl.Zahl 190/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Ausbau des Personalschlüssels in steirischen Pflegeheimen auf Wunsch der Heimbetreiber verschoben?*

Frage: LTAbg. Klimt-Weithaler (67)

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Dr. Bogner-Strauß (68)

Zusatzfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (69)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Mag. Dr. Bogner-Strauß (69)

B3. Einl.Zahl 195/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Zweitwohnsitze eindämmen und Wohnen wieder leistbar machen!*

Frage: LTAAbg. Royer (70)

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Lackner (70)

Zusatzfrage: LTAAbg. Royer (72)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Mag. Lackner (72)

B4. Einl.Zahl 197/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Ausreichende Cybersicherheit in der Steiermark?*

Frage: LTAAbg. Reif (72)

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Schützenhöfer (73)

Zusatzfrage: LTAAbg. Reif (74)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Schützenhöfer (75)

D1. Einl.Zahl [3648/1](#)

Dringliche Anfrage der der KPÖ an Landesrätin Mag. Dr. Bogner-Strauß
betreffend *Neuer Ärzte-Bereitschaftsdienst in der Krise*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Klimt-Weithaler (97)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Dr. Bogner-Strauß (103)

Wortmeldungen: LTAAbg. Krautwaschl (108), LTAAbg. Reif (111), LTAAbg. Schwarzl (112),
LTAAbg. Mag. Hermann, MBL (114), LTAAbg. Klimt-Weithaler (115), LTAAbg. Riener (119),
LTAAbg. Triller, BA (122), LTAAbg. Schwarz (124)

Beschlussfassung: (125)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT (75)

1. Einl.Zahl 145/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Anpassung des Landesbudgets und der Angaben zur Wirkungsorientierung für das Jahr 2020*

Wortmeldungen: LTAbs. Mag. Hermann, MBL (77),

Beschlussfassung: (79)

2. Einl.Zahl 103/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Facilitymanagement in steirischen Landesberufsschulen*

Wortmeldungen: LTAbs. Hirschmann (79), LTAbs. Derler (81), LTAbs. Grubesa (83), LTAbs. Swatek, BSc. (85), LTAbs. Schweiner (87), LTAbs. Mag. Dr. Dolesch (88), LTAbs. Eisel-Eiselsberg (90), LTAbs. Hubert Lang (92),

Beschlussfassung: (93)

3. Einl.Zahl 102/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2019/7); Tätigkeitsbericht 2019*

Wortmeldungen: LTAbs. Mag. Kerschler (93), LTAbs. Kunasek (95), LTAbs. Swatek BSc. (96),

Beschlussfassung: (97)

Präsidentin Khom: Ich bitte die Kollegen Abgeordneten Ihre Sitzplätze einzunehmen.

Hohes Haus! Heute findet die zweite Sitzung des Landtages Steiermark in der XVIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich bitte alle Abgeordneten Ihr Sitzplätze einzunehmen, damit wir jetzt beginnen können. Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates. Herzlich Grüß Gott.

Entschuldigt für heute sind: Landesrat Johann Seitinger und LTAbg. Armin Forstner.

Wir kommen zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Angelobung von Abgeordneten:

Die Landeswahlbehörde hat mit Schreiben vom 14. Jänner 2020 gemäß § 7a Abs. 01 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass die Regierungsmitglieder Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang, Landesrat Mag. Christopher Drexler, Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl, Landesrätin Mag. Doris Kampus, Landesrätin Mag. Ursula Lackner sowie Landesrat Johann Seitinger ihre Mandate als Abgeordnete zum Landtag Steiermark zurückgelegt haben.

Für die Nachbesetzung wurden von der Wahlbehörde folgende Personen als Mitglieder in den Landtag Steiermark berufen:

Frau Helga Ahrer, Herr Ing. Bruno Aschenbrenner, Herr Udo Hebesberger, Frau Dr. Sandra Holasek, Herr Wolfgang Moitzi, Frau Mag. Alexandra Pichler-Jessenko, Herr Dr. Matthias Pokorn.

Die Genannten sind heute erschienen und können die gemäß Art. 13 Abs. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn LTAbg. Franz Fartek zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf nach namentlichem Aufruf die genannten Damen und Herrn Abgeordneten mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten haben.

Geschätzte Damen und Herrn, ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. Bitte schön Herr Kollege Fartek.

LTAbg. Fartek – ÖVP (10.02 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf nun die Angelobungsformel vortragen:

Ich gelobe unverbrüchliche Treue zur Republik Österreich und zum Land Steiermark, dann stete und volle Beachtung der Verfassungsgesetze und alle anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten.

Frau **Helga Ahrer - SPÖ**: „Ich gelobe!“

Herr **Ing. Bruno Aschenbrenner - ÖVP**: „Ich gelobe!“

Herr **Udo Hebesberger - SPÖ**: „Ich gelobe!“

Frau **Dr. Sandra Holasek - ÖVP**: „Ich gelobe so wahr mir Gotte helfe!“

Herr **Wolfgang Moitzi - SPÖ**: „Ich gelobe!“

Frau **Mag. Alexandra Pichler-Jessenko - ÖVP**: „Ich gelobe!“

Herr **Dr. Matthias Pokorn - ÖVP**: „Ich gelobe!“

Darf stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen recht herzlich gratulieren und herzlichen Dank. (*Allgemeiner Beifall – 10.02 Uhr*)

Präsidentin Khom: Ich begrüße die neuen und auch die wiederkehrenden Abgeordneten ganz herzlich in diesem Haus und darf Sie bitten, Ihre Plätze im Haus einzunehmen.

Wir kommen nun zur Befragung von Mitgliedern der Landesregierung.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass vier Anfragen an Mitglieder der Landesregierung gemäß § 69 der Geschäftsordnung vorliegen.

Am Mittwoch, dem 15. Jänner 2020 wurde von Frau Abgeordneter Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage, mit der Einl.Zahl 188/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend **„Die Arbeit des psychosozialen Unterstützungsteams muss aufrechterhalten werden!“** eingebracht.

Am Donnerstag, dem 16. Jänner 2020 wurde von Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler namens des Landtagsklubs der KPÖ eine Anfrage, mit der Einl.Zahl 190/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend **„Ausbau des Personalschlüssels in steirischen Pflegeheimen auf Wunsch der Heimbetreiber verschoben?“** eingebracht.

Am Freitag, dem 17. Jänner 2020 wurde um 10 Uhr 27 von Herrn LTAbg. Albert Royer namens des Landtagsklubs der FPÖ eine Anfrage, mit der Einl.Zahl 195/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend **„Zweitwohnsitze eindämmen und Wohnen wieder leistbar machen!“** eingebracht.

Ebenfalls am Freitag, dem 17. Jänner 2020 um 11 Uhr 58 wurde von Herrn LTAbg. Robert Reif namens des Landtagsklubs der NEOS eine Anfrage, mit der Einl.Zahl 197/1, an Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betreffend „**Ausreichende Cybersicherheit in der Steiermark?**“ eingebracht.

Gemäß § 69 Abs. 8 der Geschäftsordnung ist beim Aufruf des gegenständlichen Tagesordnungspunktes die Frage mündlich zu wiederholen.

Gemäß § 69 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt.

Nach Beantwortung der Frage können die Fragestellerinnen/die Fragesteller eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortung der Anfragen findet keine Wechselrede statt.

Ich komme nun zur Behandlung der ersten Befragung, mit der Einl.Zahl 188/1:

Ich ersuche die Fragestellerin, Frau LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen.

LTAbg Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne (10.05 Uhr): Schönen guten Morgen. Vielen Dank Frau Präsidentin, werter Herr Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Auditorium!

Seit vier Jahren gibt es bzw. vier Jahre lang gab es das höchst erfolgreiche psychosoziale Unterstützungsteam in der Steiermark. Dieses Team bestand aus 23 Personen, und zwar PsychologInnen, Pädagogen und Pädagoginnen und SozialarbeiterInnen. Die haben in insgesamt 62 steirischen Schulen, vor allem in sogenannten „Brennpunktschulen“ enorm wertvolle und gerade in den Brennpunktschulen überlebensnotwendige Unterstützung geleistet. Es bestätigen alle Betroffenen und Beteiligten wie unersetzlich die Arbeit dieses psychosozialen Unterstützungsteams ist. Aufgrund eines Gutachtens des steirischen Verfassungsdienstes wurde nun die Finanzierung seitens der Steiermark auf Eis gelegt, was die Kündigung dieser 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Folge hatte und natürlich besonders leidtragend sind die Kinder, denen mitten im Schuljahr die so wichtige Unterstützung einfach gestrichen wurde. Ich stelle daher folgende Frage und bitte um

Beantwortung: „Wie werden Sie den Fortbestand des psychosozialen Unterstützungsteams gewährleisten?“ Danke. *(Beifall bei den Grünen – 10.07 Uhr)*

Präsidentin Khom: Frau Landesrätin Dr. Bogner-Strauß ich bitte diese Frage zu beantworten.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich darf Ihre Anfrage wie folgt beantworten:

Zuerst möchte ich einmal festhalten, dass die psychosoziale Unterstützung von Schülerinnen und Schülern und die Schulsozialarbeit nicht nur Ihnen, sondern auch mir eine Herzensangelegenheit ist. Allerdings muss man ganz klar sagen, wenn man die Situation in der Steiermark anschaut, sind wir in diesem Bereich äußerst gut aufgestellt. Die Zahlen zeigen das. Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren von 50 Vollzeitäquivalenten betreut, in 166 Pflichtschulen. Wir haben dafür 2,8 Millionen Euro pro Jahr in die Hand genommen. 40 % werden von den Sozialhilfeverbänden getragen. Die Steiermark nimmt hier ganz klar österreichweit und im Bundesländervergleich eine Vorbildrolle ein, haben wir doch das beste Verhältnis von SchulsozialarbeiterInnen zu Schülern, was den Betreuungsschlüssel angeht.

Aber ich möchte jetzt konkret auf Ihre Frage eingehen und lassen Sie mich kurz noch einmal die Chronologie zusammenfassen:

Das psychosoziale Unterstützungsteam, auch PUT genannt, ist eine Antwort des Bundes auf die Flüchtlingswelle aus dem Jahr 2015 und wurde im Zuge des Integrationspaketes III beschlossen. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang ganz klar, dass der Einsatz der psychosozialen Unterstützungskräfte in den Bereich der inneren Schulorganisation fällt und somit laut Gesetz in die Zuständigkeit des Bundes, genauer gesagt des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, und damit auch vom Bund zu finanzieren wäre. Und Sie haben kurz gesagt, Frau Landtagsabgeordnete, dass das Land die Finanzierung eingestellt hätte, ich möchte darauf verweisen, dass der Bund die Finanzierung des PUTs eingestellt hat. Im September des vergangenen Jahres hat nämlich der Bund beschlossen, sich aus der Finanzierung des PUT zurückzunehmen und die Bundesländer ersucht, einen Großteil der Finanzierung mittels einer gemeinsamen Vereinbarung zu übernehmen. Daraufhin wurde

von meiner Vorgängerin, Mag. Lackner, der Verfassungsdienst beauftragt, und zwar aus einem Grund, nämlich um Risiken was die Kosten angeht, Risiken, die dann aufs Land übertragen werden, einzuschätzen. Und der Verfassungsdienst hat in diesem Gutachten empfohlen, diese Vereinbarung nicht zu unterschreiben. Ich möchte hier auch noch festhalten, dass in dieser Vereinbarung nicht nur ein Großteil vom Land getragen worden wäre, was die Kosten angeht, sondern auch die Mittel aus dem Bildungsinvestitionsgesetz abgezogen hätte, die uns ja für die Nachmittagsbetreuung fehlen würden. Deswegen wurde auch der Beschluss von meiner Vorgängerin gefasst, die Vereinbarung nicht zu unterschreiben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Ende November beim AMS zur Kündigung vorangemeldet und diese Kündigung wird, wie Sie schon gesagt haben, Ende Februar wirksam. Ich habe dieses „Erbe“ übernommen und mir ist aber ganz klar, dass es für die Kinder, aber auch für die Eltern, die diese Unterstützung brauchen, zeitnah eine Lösung geben sollte. Ich habe mich, und dass trotz meiner bisher sehr kurzen Amtszeit, bereits intensiv mit Experten und Expertinnen ausgetauscht. Ich habe auch mit der Abteilung gesprochen, ich habe mit der Bildungsdirektion gesprochen und wir sind zu zwei Lösungsansätzen gekommen, die derzeit noch juristisch geprüft werden. Aber ich darf Ihnen sehr zeitnah eine Lösung präsentieren, um den Fortbestand der psychosozialen Unterstützung gewährleisten zu können. Außerdem werden wir eine Arbeitsgruppe einrichten, wo alle Expertinnen und Stakeholder im Bereich der schulunterstützenden Maßnahmen an einen Tisch zusammenkommen werden und diese Arbeitsgruppe wird sich damit beschäftigen, wie wir in Zukunft schulunterstützende Maßnahmen neu denken können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.12 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich brauche die Frage nicht zu stellen, die Frau Abgeordnete Köck stellt eine Zusatzfrage. Bitte schön.

LTabg Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne (10.12 Uhr): Vielen Dank Frau Präsidentin!

Ja, eine ganz kurze Zusatzfrage, und zwar: „Wie erklären Sie sich dann, dass in allen anderen acht Bundesländern genau dieses Finanzierungsmodell und für die Weitererhaltung des PUT problemlos zustande gekommen ist!“ *(10.12 Uhr)*

Präsidentin Khom: Frau Landesrätin. Ich bitte um Antwort.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Danke für Ihre Zusatzfrage. Soweit mir vom Bund bekannt ist, wurde nicht von allen acht Bundesländern diese Vereinbarung unterschrieben. Ein Bundesland hat auch gesagt, dass es die Vereinbarung in Zukunft nicht unterschreiben wird. Einige Bundesländer sind noch dabei zu überdenken, ob sie die Vereinbarung unterschreiben werden. Und was ich auch von einem Bundesland weiß, ist, dass es die Vereinbarung zwar unterschreiben wird, aber dass es die Anzahl an psychosozialen Unterstützungskräften stark gekürzt hat. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.13 Uhr)*

Präsidentin Khom: Wir kommen nun zur Behandlung der zweiten Befragung, mit der Einl.Zahl 190/1:

Ich ersuche die Fragestellerin, Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler die Frage am Rednerpult zu stellen.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (10.13 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich darf zuerst alle neu angelobten Kolleginnen und Kollegen von Seiten des KPÖ Landtagsklubs herzlich willkommen heißen.

Bei unserer Befragung geht es um den Personalschlüssel in den steirischen Pflegeheimen. Sie wissen, es hat lange Verhandlungen gegeben zwischen den BetreiberInnen und dem Land. Im September 2017 wurden dann Ergebnisse verkündet. In der damaligen Presseaussendung hat es geheißen, bereits während der laufenden Verhandlungen wurde der Ausbauplan für mehr Pflegepersonal in den steirischen Pflegeheimen beschlossen und die erste Anhebung mit 01.03.2016 in Kraft gesetzt. Am Ende der geplanten Maßnahmen wird dann 2019 eine neue Personalberechnung mit mehr als 800 zusätzlichen Dienstposten für alle steirischen Pflegeheime stehen. Jetzt erfahren wir aber aus der Pflegeheiminfo Nr. 15 vom Dezember 2019 von der WKO Steiermark, Fachgruppe der Gesundheitsbetriebe, Berufszweig Pflegeheime folgendes: Unter dem Titel Personalausstattung vierter Ausbauschnitt: Mit dem Land Steiermark war ein vierter Ausbauschnitt im Jahr 2020 vereinbart. Da der ÖGB bei den Kollektivvertragsverhandlungen mit der Sozialwirtschaft Österreich zu Verhandlungsbeginn im Dezember keinerlei Lohnforderungen, dafür aber eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung übergeben hat, haben wir Landesrat Drexler gebeten, den vereinbarten

vierten Ausbauschnitt auf den Spätherbst 2020 zu verschieben. Jetzt muss ich aufgrund der neuen Zuständigkeiten unsere Anfrage an Frau Landesrätin Bogner-Strauß stellen: „Wurde die 2017 getroffene Vereinbarung zwischen Land und Pflegeheimbetreibern über die letzte Ausbaustufe des Ausbauplans für mehr Pflegepersonal in den steirischen Pflegeheimen auf Wunsch der Pflegeheimbetreiber verändert und damit die Personalaufstockung verschoben?“ Ich bitte um Antwort. *(Beifall bei der KPÖ – 10.16 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich ersuche die Frau Landesrätin die Frage zu beantworten.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich darf Ihre Anfrage wie folgt beantworten:

Vorweg möchte ich betonen, dass es mein, aber sicher auch unser gemeinsames Ziel ist, in Zukunft qualitätsvolle Pflege für die Steirerinnen und Steirer zu sichern. Das haben wir ganz klar im steirischen Regierungsprogramm niedergeschrieben. Insbesondere braucht es für die Menschen, die Pflege bedürfen, eine optimale, aber auch abgestimmte Pflege und Betreuung.

Nun zu Ihrer konkreten Frage:

Die vierte und damit letzte Personalaufstockung der von ihnen genannten Vereinbarung wurde auf das Jahr 2020 angesetzt. Warum die Personalaufstockung noch nicht erfolgt ist, hat mehrere Gründe. Der Bereich der Pflege ist – wie wir alle wissen – sehr personalintensiv, dessen sind wir uns sehr bewusst. Aber genau aus diesem Grund fühle ich mich auch verpflichtet genau hinzusehen und entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Derzeit gibt es eine Evaluierung des Bedarfs- und Entwicklungsplans für pflegebedürftige Personen und diese Evaluierung wird in Kürze abgeschlossen sein. Zudem, wie Sie wissen, finden zeitnah die Kollektivvertragsverhandlungen mit der Sozialwirtschaft Österreich statt und auch hier gilt es, die Ergebnisse abzuwarten, um entsprechende Handlungsschritte setzen zu können. Wir wollen im Bereich der Pflege die vorhandenen finanziellen, die personellen und die fachlichen Mittel bestmöglich nutzen und die zukünftigen Versorgungsstrukturen so planen, dass die pflegebedürftigen Menschen optimal unterstützt sind, aber auch, dass die Personalressourcen gezielt eingesetzt werden. Deshalb wird es eine strukturierte und eine engere Zusammenarbeit zwischen allen Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich geben. Sie wissen, mein Zugang, was Politik angeht, ist es, daten- und faktenbasiert zu arbeiten und ich sehe es auch

als meine Verantwortung, die bereits zuvor erwähnten Ergebnisse abzuwarten und dann die entsprechenden Schritte zu setzen. Wir haben eine Regierungsverantwortung den Steirern und Steirerinnen gegenüber und ich denke, es wäre nicht ökonomisch, diese Ergebnisse außer Acht zu lassen und das hätte auch wenig mit verantwortungsvoller Politik zu tun. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.19 Uhr)*

Präsidentin Khom: Die Frau Klubobfrau stellt eine Zusatzfrage. Bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (10.19 Uhr): Danke, für die Beantwortung Frau Landesrätin. Wenn dieser Plan jetzt auf 2020 verschoben ist, stellt sich folgende Zusatzfrage: „Im Zusammenhang mit dem Personalausbau wurde ja auch das neue Verrechnungsmodell mit den Heimbetreibern vereinbart. Bedeutet das nun auch, dass, wenn der Personalausbau später kommt, dass auch die Leistungen an die Heimbetreiber bis dahin eingeschränkt werden?“ *(Beifall bei der KPÖ – 10.19 Uhr)*

Präsidentin Khom: Frau Landesrätin. Ich bitte dich wieder um Beantwortung.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.19 Uhr): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich vorher schon erwähnt habe: Ich möchte die Ergebnisse abwarten. Auf der einen Seite die Ergebnisse dieser Evaluierung. Diese Evaluierung findet ja deshalb statt, ja, es gab ja diesen Bedarfs- und Entwicklungsplan bereits, aber dazwischen kam die Abschaffung des Regresses und deshalb wird dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan evaluiert und auf der zweiten Seite eben die Kollektivvertragsverhandlungen. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass es immer in der Vereinbarung hieß, dass diese letzte Personalaufstockung, die vierte und letzte, im Jahr 2020 stattfinden wird und wir sind im Jahr 2020. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.20 Uhr)*

Präsidentin Khom: Wir kommen zur Behandlung der dritten Befragung, mit der Einl.Zahl 195/1:

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Abgeordneten Albert Royer, die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen. Bitte schön.

LTabg. Royer – FPÖ (10.20 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Es geht bei meiner Fragestellung um eines der dringendsten Probleme, das wir oben im Ennstal haben, nämlich die steigenden Immobilienpreise, die zur Ursache haben, dass sich vor allem junge Familien das Wohnen im Raum Schladming, aber mittlerweile auch bis in den Raum Gröbming nicht mehr leisten können. Getrieben wird diese Entwicklung aus unserer Sicht vor allem durch Immobilienspekulanten, aber vor allem auch durch die neuen Zweitwohnsitzbesitzer. Jetzt hat man die Problematik auch in anderen Bundesländern bereits erkannt und vor allem in Salzburg haben sie mittlerweile regulierende Maßnahmen ergriffen. Daher meine Frage an die Frau zuständige Landesrätin: „Welche konkreten Maßnahmen sind derzeit zur Eindämmung von Zweitwohnsitzen und der damit verbundenen Probleme geplant?“ *(Beifall bei der FPÖ – 10.21 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich bitte die Frau Landesrätin Ursula Lackner um Beantwortung.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (10.22 Uhr): Frau Präsidentin, Hoher Landtag, Herr Abgeordneter!

Ihre Anfrage, für die ich danke, beantworte ich wie folgt:

Ich habe – wie auch in der Anfrage in dem erwähnten ORF-Interview zu entnehmen war – unmittelbar nachdem die Thematik in Form eines offenen Briefes an die gesamte Landesregierung herangetragen wurde bzw. in weiterer Folge in den Medien aufgetaucht ist, meine zuständige Abteilung ersucht, eine erste Einschätzung zu dieser Problematik abzugeben. Tatsächlich stellt der Landesgesetzgeber den Gemeinden schon bisher verschiedene Instrumente zur Verfügung, mit denen dem aktuellen Trend zu Zweitwohnsitzen und Ferienwohnungen begegnet werden kann. Das Steiermärkische Raumordnungsgesetz sieht beispielsweise bei der Ausweisung von Bauland gesonderte Kategorien für Erholungsgebiete, für Hotels, Apartmenthotels, Pensionen und dergleichen und für Ferienwohngebiete, die für Zweitwohnsitze im Sinne des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes bestimmt sind, vor. Darüber hinaus können sogenannte Vorbehaltsgemeinden im Sinne des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes im Interesse der Sicherung des Wohn- und Wirtschaftsbedarfes der ortsansässigen Bevölkerung Gebiete festlegen, in denen keine Zweitwohnsitze begründet werden dürfen – sogenannte Beschränkungszonen für Zweitwohnsitze. Für Vorbehaltsgemeinden gelten einerseits

restriktive Bestimmungen im Verkehr mit Baugrundstücken betreffend beabsichtigte Zweitwohnsitznutzungen. Andererseits kann die Gemeinde auf Ebene der örtlichen Raumplanung, Stichwort: Flächenwidmungsplan, Gebiete festlegen, wo eben keine Zweitwohnsitze errichtet werden dürfen. Die Gemeinden haben demnach die Möglichkeit, bereits hier regulierend einzugreifen. Ergänzend haben die Gemeinden im Rahmen der Erteilung von Baubewilligungen in solchen Gebieten die Möglichkeit, die Nutzung als Zweitwohnsitz dezidiert als unzulässig festzulegen. Bei einer bewilligungswidrigen Nutzung, also Nutzung als Zweitwohnsitz, kann somit baupolizeilich vorgegangen werden. Teilweise werden diese Möglichkeiten seitens der Gemeinden noch nicht in vollem Umfang genutzt. Die zuständige Abteilung steht den steirischen Gemeinden bei spezifischen Problemlagen – auch rund um die Zweitwohnsitzthematik – für Beratungsgespräche zur Verfügung, damit diese die bestehenden rechtlichen Instrumente voll ausschöpfen können. Dort, wo die bestehende Gesetzeslage absichtlich von Eigentümerinnen/Eigentümern, Immobilienkonstrukten umgangen wird, oder sie nicht ausreichend ist, gilt es jetzt, sich in Gesprächen mit den betroffenen Gemeinden ein detailliertes Bild über diese Umgehungskonstrukte und rechtlichen Schlupflöcher zu verschaffen. Und die so gewonnenen Informationen werden dann seitens der Experten und Expertinnen der zuständigen Abteilung für den parlamentarischen Diskurs und Diskussionsprozess aufbereitet werden. Dazu sind auch Gespräche mit den betroffenen Gemeinden, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern, BürgerInneninitiativen notwendig. Daher hat in der Vorwoche bereits ein erstes Gespräch mit der Gemeindeführung von Schladming stattgefunden und weitere Gespräche werden folgen. Aufgrund der Komplexität der Thematik und aufgrund der sehr heterogenen Interessenslagen unter den Gemeinden selbst, und der Beitrag des ORF von letzter Woche hat klar gezeigt, dass es auch Gemeinden gibt, die sich mehr Zweitwohnsitze wünschen, sind Schnellschüsse jedoch nicht sinnvoll und zielführend.

Die Thematik muss materienübergreifend – Raumordnung/Baurecht – Grundverkehrsrecht – Abgabewesen – behandelt werden. Es gilt in diesem Zusammenhang nicht nur die bisherigen Regelungsversuche anderer Bundesländer, sondern auch die Wirksamkeit der dort getroffenen Maßnahmen zu analysieren. Dort, wo sich dann im Zusammenspiel der maßgeblichen Rechtsmaterien möglicherweise noch ein Bedarf ergibt, die bestehenden Regelungen nachzuschärfen oder zu präzisieren, werde ich im Zuge der vorgesehenen parlamentarischen Behandlung selbstverständlich auch konkrete Lösungsvorschläge einbringen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.26 Uhr)*

Präsidentin Khom: Der Herr Kollege Royer stellt eine Zusatzfrage.

LTAbg. Royer – FPÖ (10.27 Uhr): Ja, liebe Frau Landesrätin!

Sie haben jetzt sehr viel Verantwortung auf die Gemeinden abgewälzt. Die Zusatzfrage ist aber: „Was werden Sie ganz konkret im eigenen Wirkungsbereich unternehmen?“ *(Beifall bei der FPÖ – 10.27 Uhr)*

Präsidentin Khom: Frau Landesrätin, ich bitte um Beantwortung.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (10.27 Uhr): Ja, ich habe schon gesagt, Herr Abgeordneter, die Gemeinden haben viel Verantwortung, aber das ist etwas was ja nicht neu ist in diesen Gesetzesmaterien und ich möchte aufgrund der Komplexität der Thematik, wie auch schon ausgeführt, jetzt nicht einen voreiligen Schnellschuss oder eine der möglichen Varianten oder eine von möglichen Varianten hervorheben, sondern es wird auch Aufgabe des Landtages sein. Aufgrund der Initiative der Regierungslandtagsklubs, darf ich davon ausgehen, dass auch die entsprechenden Gespräche und Überlegungen in Bälde aufgenommen und geführt werden, um entsprechende Lösungen im Sinne der betroffenen Gemeinden herbeizuführen. Und wie gesagt, die Wünsche und Bedürfnisse und Herausforderungen für die Gemeinden in der Steiermark stellen sich sehr, sehr unterschiedlich dar, aber ich gehe davon aus, dass die Gespräche sehr bald und sehr rasch aufgenommen und geführt werden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich komme nun zur Behandlung der vierten Befragung, mit der Einl.Zahl 197/1 und ich ersuche den Fragesteller, Herrn Abgeordneten Robert Reif, die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen. Bitte schön.

LTAbg. Reif – NEOS (10.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber auch liebe Steirerinnen und Steirer!

Die Zeit ist reif um sich massive Gedanken zu machen über die Cyber-Security in der Steiermark. Seit Wochen läuft der Angriff auf das Außenministerium, der bis dato trotz zahlreicher hinzugezogener Experten nicht beendet ist. Da weder die Reichweite noch Folgen der Attacke abschätzbar sind, bleibt offen, ob Österreich über genügend Schutzmechanismen

verfügt, und ob die vorhandenen staatlichen Abwehrmaßnahmen ausreichen, um die kritischen Infrastrukturen unseres Landes zu schützen. Am Wochenende war auch die Uni Graz Ziel eines Phishing Mail Angriffes, wobei hunderte Studierende zu den Opfern zählten und auch nicht bekannt ist, wie es zu diesem Angriff kommen bzw. wie das Konto des Bediensteten gehackt werden konnte. Aufgrund dieser Vorkommnisse ist es daher umso wichtiger, die Sicherheitsmaßnahmen in der Steiermark weiter zu verbessern. Zwar wird das Thema Cyber-Security in der „Agenda Weiß-Grün“ thematisiert, allerdings beschränkt sich das Regierungsprogramm auf wenige Bemerkungen, die darüber hinaus äußerst vage formuliert ist. So ist etwa von einem Ausbau der Cyber-Security die Rede, eine Antwort darauf, welche konkreten Maßnahmen geplant sind, sucht man allerdings vergeblich. Gerade in der Steiermark, die sich zu einer europaweiten Modellregion Digitalisierung entwickeln soll, muss gewährleistet sein, dass kritische IT-Infrastrukturen vor Angriffen von außen geschützt werden. Nicht zuletzt aufgrund der neuesten Vorkommnisse ist es daher umso wichtiger, die Sicherheitsmaßnahmen in der Steiermark laufend weiterzuentwickeln. Denn gerade im 21. Jahrhundert umfasst Sicherheit vor allem den Schutz digitaler Daten und muss den ein Bundesland für ihre Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Es wird daher folgende Frage gestellt: „Mit welchen konkreten Maßnahmen wird die steirische Landesregierung für die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer im Bereich der Cyber-Security sorgen?“ (*Beifall bei den NEOS – 10.31 Uhr*)

Präsidentin Khom: Ich bitte Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer die Anfrage zu beantworten.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (10.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Bereich Cyber-Security fällt grundsätzlich in die Zuständigkeit des Bundes, insbesondere in die Zuständigkeitsbereiche des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Diese Verantwortung nimmt der Bund sowohl auf gesetzlicher als auch auf organisatorischer Ebene wahr. Auch die Europäische Union hat mit einer Richtlinie ein Verfahren zum Schutz kritischer Infrastruktur eingeleitet. Die Handlungsfelder dieses Programms umfassen Maßnahmen des Katastrophenschutzes, des Schutzes vor technischen und industriellen Gefahren und die Cybersicherheit. An der Umsetzung dieses Programms ist das Land Steiermark im Zuge seiner

Katastrophenschutzkompetenz und durch seine Mitarbeit bei der Identifizierung kritischer Infrastruktur beteiligt. Die allgegenwärtigen Bedrohungen der Sicherheit der Informationssysteme weltweit – und damit auch in der Landesverwaltung – werden von der Abteilung 1 Organisation und Informationstechnik selbstverständlich sehr, sehr ernst genommen. Es wurde ein mehrjähriges Security Programm erstellt und beispielsweise wurden zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen bei der Softwareentwicklung und in der Bereitstellung sicherer IT-Infrastruktur gesetzt. Wie Sie sehen, unternehmen die staatlichen Institutionen sehr viel, damit die Sicherheit gewährleistet ist. Aber es muss uns klar sein, dass sich die Bedrohungslage ständig ändert und mit jeder neuen Technologie neue Sicherheitslücken entstehen können, auf die wir uns laufend und auf allen Ebenen vorbereiten müssen. Gemeinsam mit Vizerektor Horst Bischof und der Forschungsgruppe Mangard von der Technischen Universität und der Frau Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl habe ich im Februar 2019 den Cyber-Security-Campus an der Technischen Universität Graz präsentiert. Dieses Forschungszentrum sorgt mit steirischem Know-how für Sicherheit im digitalen Zeitalter und diese millionenschwere Kooperation von der Technischen Universität Graz und SGS, das ist ein weltweiter Schweizer Konzern, der auf die Technische Universität Graz weltweit aufmerksam geworden ist, weil diese, unsere Fachleute, immer wieder Sicherheitslücken aufgedeckt haben, in den einzelnen Bereichen Intel zum Beispiel. Das schafft uns 400 zusätzliche Arbeitsplätze, weil dieser Konzern mit der Technischen Universität Graz eine Firma sozusagen in diesem Bereich hier gründen will und hier führend mit der TU in der Forschung beteiligt sein wird. Mit dem klaren Bekenntnis der Steiermärkischen Landesregierung für Wissenschaft, Forschung und Innovation haben wir nicht nur den Fuß in der Tür der Arbeitsplätze der Zukunft, sondern tragen dazu bei, die Bürgerinnen und Bürger vor Internetkriminalität besser zu schützen. Alles klar? *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.35 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich nehme an, der Herr Abgeordnete möchte eine Zusatzfrage stellen. Bitte schön. *(Landeshauptmann Schützenhöfer: „Dann bleib ich gleich stehen.“)*

LTabg. Reif – NEOS (10.35 Uhr): Passt. Meine Frage wäre noch: „Welche Cyber-Angriffsszenarien erwartet die Landesregierung bzw. der zuständige „CISO“ in der aktuellen Legislaturperiode als Basis für den geplanten Ausbau der Cyber-Security?“ *(10.35 Uhr)*

Präsidentin Khom: Herr Landeshauptmann, ich bitte dich um eine Antwort.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (10.35 Uhr): Najo, das ist so ähnlich, wie wenn Sie mich fragen, welche Flugzeugabstürze ich erwarte? Keine! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Bitte, will das jetzt nicht runtermachen, aber wir versuchen auf alles gut vorbereitet zu sein und spielen in der Theorie auch alle Szenarien durch. Dass trotzdem was passieren kann – Sie haben es ja selber erwähnt – siehe Außenministerium, siehe Hackerangriffe, die wir da in den letzten Monaten erlebt haben, das ist leider so, aber ich denke mir schon, dass die Steiermark mit diesem Fachwissen der Technischen Universität, die dafür weltweit bekannt ist, natürlich auch einen entsprechenden Nutzen daraus ziehen kann. Aber ich werde diese Ihre Frage und die Freiheitlichen haben ja heute in der Nacht auch eine Schriftliche Anfrage, die ich in der Früh bekommen habe, ich glaube, es sind 46 Fragen, diese 46 Fragen schriftlicher Natur, werde ich dann gerne auch Ihnen zur Verfügung stellen und bin zu jedem Gespräch persönlich, aber auch mit unseren Fachleuten bereit, ja. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.37 Uhr)*

Präsidentin Khom:

Damit sind die Befragungen beendet und ich komme zu den Mitteilungen.

Konstituierung der Landtagsklubs:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass sich gemäß Art. 16 Abs. 1 L-VG iVm § 10 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Landtagsklubs der sechs Fraktionen konstituiert haben.

Namens der Fraktionen gewählte Abgeordnete, Bundesräte und Regierungsmitglieder gehören laut Meldung dem jeweiligen Klub an.

Im Einzelnen wurden folgende Funktionen bekannt gegeben:

Klubobfrau des ÖVP-Landtagsklubs ist Frau LTAbsg. Barbara Riener, ihre Stellvertreter sind Herr LTAbsg. Erwin Dirnberger und Herr LTAbsg. Lukas Schnitzer.

Klubobmann des SPÖ-Landtagsklubs ist Herr LTAbsg. Johannes Schwarz.

Klubobmann des FPÖ-Landtagsklubs ist Herr LTAbsg. Mario Kunasek, sein Stellvertreter ist Herr LTAbsg. Mag. Stefan Hermann MBL.

Klubobfrau des Grünen-Landtagsklubs ist Frau LTAbs. Sandra Krautwaschl, ihre Stellvertreter sind Herr LTAbs. Lambert Schönleitner sowie Frau LTAbs. Dipl.-Ing. Lara Köck.

Klubobfrau des KPÖ-Landtagsklubs ist Frau LTAbs. Claudia Klimt-Weithaler und ihr Stellvertreter ist Herr LTAbs. Dr. Werner Murgg.

Klubobmann des NEOS-Landtagsklubs ist Herr LTAbs. Nikolaus Swatek BSc und sein Stellvertreter ist Herr LTAbs. Robert Reif.

Mitteilungen nach dem Unvereinbarkeitstransparenzgesetz:

Gemäß § 6a sowie § 8, § 4 Unvereinbarkeits-Transparenzgesetz bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassung in seiner am 14. Jänner 2020 die Anzeige, Einl.Zahl 109/1, des Herrn LTAbs. Armin Forstner, betreffend „Anzeige einer Tätigkeit im Bundesdienst“, die Anzeige, Einl.Zahl 111/1, des Herrn LTAbs. Mag. Alexander Pinter, betreffend „Anzeige einer Tätigkeit im Landesdienst“, die Anzeige, Einl.Zahl 112/1, der Frau LTAbs. Cornelia Schweiner, betreffend „Anzeige einer Tätigkeit im Landesdienst“, die Anzeige, Einl.Zahl 106/1, des Herrn LTAbs. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, betreffend „Anzeige einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft“, die Anzeige, Einl.Zahl 108/1, des Herrn LTAbs. Franz Fartek, betreffend „Anzeige einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft“, die Anzeige, Einl.Zahl 110/1, des Herrn LTAbs. Dipl.-Ing. Andreas Kinsky, betreffend „Anzeige einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft“, die Anzeige, Einl.Zahl 134/1, des Herrn LTAbs. Hubert Lang, betreffend „Anzeige einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft“ beraten und genehmigend beschlossen hat.

Die Einbringung einer Dringlichen Anfrage:

Am Freitag, dem 17. Jänner 2020 wurde von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 198/1, an Frau Landesrätin Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „**Neuer Ärzte-Bereitschaftsdienst in der Krise**“ eingebracht.

Die Behandlung der Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Wechselrede statt.

Bekanntgabe der Anfragen:

Es wurden neunzehn Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung eingebracht. Die Anfragen sind gemäß § 78 Z 4 der Geschäftsordnung auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nun über zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der einzelnen Punkte.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Finanzen, Einl.Zahl 145/2, betreffend Anpassung des Landesbudgets und der Angaben zur Wirkungsorientierung für das Jahr 2020 zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 145/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hermann. Bitte schön.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (10.41 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

In der Regierungssitzung vom 19.12.2019 wurde eine neue Geschäftsverteilung für die Landesregierung beschlossen und dass macht eine Anpassung des Landesbudgets 2020 erforderlich. Es kommt zu ein paar Änderungen auf Global- und Detailbudgetebene. So wird beispielsweise die Volkskultur fortan ein Detailbudget des Globalbudgets Kultur bei Landesrat Drexler werden. An den Budgetzahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ändert sich laut der Landesregierung nichts. Das budgetierte Maastrichterergebnis für 2020 ist nach wie vor minus 45 Millionen Euro. Das heißt, die fahrlässige Schuldenpolitik wird munter fortgesetzt, was auch dazu führt, dass wir der gegenständlichen Regierungsvorlage nicht unsere Zustimmung erteilen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie wir

schon seit der Beschlussfassung des Doppelbudgets wissen, wird die Neuverschuldung 177 Millionen Euro betragen. Von einem oftmals medial kolportierten und medial bezeichneten „enkelfitten“ Budget sind wir meilenweit entfernt. Und dass selbst auferlegte Ziel der Landesregierung, keine neuen Schulden zu machen, wurde verpasst. Sieht man sich die Schuldenentwicklung an, so war der Schuldenstand des Landes Steiermark im Jahr 2016 4,48 Milliarden Euro, 2020 haben wir einen Schuldenstand von 5,23 Milliarden Euro erreicht. Die Neuverschuldung, wie schon erwähnt, in dem Doppelbudget 177 Millionen Euro. Es ist also dringend notwendig, endlich ausgabenseitig zu sparen. Daran, meine sehr geehrten Damen und Herren, führt kein Weg vorbei. Wenn man sich jedoch das Budget anschaut, dieses Doppelbudget anschaut, dann hat man das Gefühl, dass auch im Budgetbereich eine unsägliche Willkommenskultur auch Einzug hält. Auf der einen Seite sagt man, Willkommen, Willkommen, Willkommen, neue Schulden, alles egal, auf der anderen Seite schüttet man in dieser Willkommenskultur, in dieser Willkommensklatsher-Manier das Füllhorn über Ausländerhilfsvereinen auch aus. Blicken wir ins Budget: Elf Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Budget der nächsten zwei Jahre, für Erwachsenenbildung von Asylwerbern. Asylwerber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind Personen, wo nicht einmal sicher ist, ob sie einen positiven Asylbescheid auch zugesprochen bekommen. 50 Millionen Euro für ein System der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, das dringend reformiert gehört. Und auch bei der Wohnunterstützung haben wir die Situation, dass bereits 20 Prozent der Wohnunterstützung des Landes an Ausländer geht. Jetzt frage ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo sind die Sparguthaben des Landes Steiermark? Wo ist die Schatzkammer in der Burg, die es uns ermöglicht, in dieser Art und Weise teilweise Integrationsunwilligen Geld in den Rachen zu werfen? Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Freiheitliche, werden den Budgetkurs des Landes auch in den nächsten Jahren kritisch begleiten. Wir werden auch in dieser Periode nicht müde sein, Verbesserungsvorschläge für die maroden Finanzen einzubringen und diese Forderungen sind bekannt: Förderdschungel lichten, Transparenzdatenbank endlich befüllen, Abstand nehmen von dem Finanzmollochprojekt Leitspital Liezen, Finanzmittel im Bereich der Erwachsenenbildung für Asylwerber restlos streichen, eine dringend notwendige Reform der Sozialhilfeverbände steht an und auch bei uns selbst sollte man sparen, indem man die Indexanpassung der Parteienförderung aussetzt. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land hat sich eine mutige, konsequente Budgetpolitik verdient, die

den Steirer wieder in den Mittelpunkt stellt und unseren Nachkommen keinen Schuldenberg hinterlässt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 10.45 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 145/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 103/2, betreffend Prüfbericht zu Facilitymanagement in steirischen Landesberufsschulen zum Bericht, Einl.Zahl 103/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Gerhard Hirschmann, bitteschön.

LTabg. Hirschmann - FPÖ (10.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Raum, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer zuhause und hier im Saal!

Der gegenständliche Landesrechnungshofbericht behandelt das Facilitymanagement in neun der 16 steirischen Landesberufsschulen. Die Schwerpunkte des Berichtes wurden auf die Bereiche Reinigung, Energie und Heizung gelegt. Betrachtet wurde der Zeitraum zwischen den Jahren 2009 und 2018. Basis für das Facilitymanagement sind laut Landesrechnungshof vollständige und korrekte Daten zu Gebäudeflächen, Angaben zur Reinigung, sowie der jeweilige Energieverbrauch und Energiekosten. Besonders bei den Flächenangaben waren die vorliegenden Daten laut Landesrechnungshof meist widersprüchlich. In einem Fall lag die Differenz der Fläche bei knapp 3.000 m². In nur zwei Schulen stimmten alle Positionen überein. Der Vergleich unter den einzelnen Schulen zeigt auch auf, dass die Ausgaben für die Reinigung einen wesentlichen Kostentreiber bei den betrachteten Betriebskosten darstellen. Weiteren Verbesserungsbedarf ortet der Landesrechnungshof im Energiemanagement. Dieses Energiemanagement ist in keiner der geprüften Landesberufsschulen auch nur in irgendeiner Art und Weise erkennbar. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass im Land eine zentrale Stelle für das Datenmanagement im Facilitymanagement komplett fehlt, und das zu zahlreichen

Schnittstellen und somit zu einem erhöhten Aufwand bei der Erfassung von Daten und deren Aufbereitung führt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landesrechnungshofbericht offenbart enorme Nachlässigkeit beim Facilitymanagement, woraus jährlich unnötig hohe Kosten entstehen. Der Empfehlung des Landesrechnungshofes, die Gebäude- und Bestandsunterlagen sorgfältig und vollständig zu führen, muss in Zukunft nachgekommen werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Ebenso ist eine zentrale Datenerfassung in Zukunft unerlässlich, damit man den Verwaltungsaufwand bestmöglich reduzieren kann. Der Bericht zeigt uns, dass in der Vergangenheit sehr viel Steuergeld unnötig verschwendet wurde und dieses Geld mit Sicherheit besser z. B. in die Aufrechterhaltung und Sanierung der Berufsschulstandorte investiert hätte werden können. Wir sehen anhand dieses Berichtes, wie wichtig es ist, dass genau hingeschaut wird, gerade auch in Bereichen, die auf den ersten Blick vielleicht nicht sehr populär klingen. Im vergangenen November wurde im diesem Haus einstimmig eine Investitionsoffensive für Landesberufsschulen und Lehrlingshäuser beschlossen. Die freiheitliche Partei wird diese Investitionen genauestens verfolgen und beobachten, ob die Empfehlungen des Landesrechnungshofes auch Gehör bei Ihnen finden. *(Beifall bei der FPÖ)* Es handelt sich hierbei um Empfehlungen des Landesrechnungshofes, lautend auf: „Die Zuständigkeiten sind anhand einer Prozessdarstellung für das Facilitymanagement in Landesberufsschulen darzustellen. Auf die vollständige und sorgfältige Führung der Gebäude- und Bestandsunterlagen ist zu achten. Bei anstehenden Sanierungen von Landesberufsschulen ist auf die Wirkungsziele laut Landesbudget Bedacht zu nehmen.“ Als ein Beispiel dafür sehen wir die Sanitarräume der Landesberufsschule Mitterdorf. In diesen Sanitarräumen wurde im Zuge einer Prüfung bereits im Jahr 2003 der schlechte hygienische Zustand festgestellt. Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, dass es hier höchste Zeit ist, zu handeln. *(Beifall bei der FPÖ)* Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, die Freiheitliche Partei wird Ihnen hierbei auch in Zukunft genau auf die Finger schauen, damit für unsere Lehrlinge, aber auch für unseren Finanzhaushalt bestmöglich und zukunftsorientiert gearbeitet wird. Und die Freiheitliche Partei wird auch in Zukunft der Garant dafür sein, dass diese Kontrollen und Prüfungen vonseiten des Landesrechnungshofes weiterhin erfolgen. Ich bitte Sie, liebe Mitglieder der Landesregierung, dass die Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge des Landesrechnungshofes in Zukunft auch zur Umsetzung kommen. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ - 10.50 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Patrick Derler. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Derler - FPÖ (10.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Landesregierung, werte Kollegen, geschätzte Abgeordnete, liebe Gäste und auch Zuseher im Livestream!

In Anknüpfung an den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Facilitymanagement in den steirischen Landesberufsschulen gilt es auch Folgendes festzuhalten: Die Landesregierung – wo mittlerweile ja einige Mitglieder schon verschwunden sind – möge ein klares Bekenntnis (*LTAbg. Schweiner: „Sie kennen sich nicht aus!“*) zur Aufrechterhaltung der Berufsschulstandorte auch sicherstellen und sich dazu bekennen. (*Beifall bei der FPÖ*) Warum? Weil die Vergangenheit gezeigt hat, dass jene Berufsschulstandorte wo Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auch bevorgestanden sind, diese mit den Argumenten der hohen Investitionskosten nicht finanziert werden können, somit – siehe Gleinstätten – geschlossen werden müssen und geschlossen wurden. Einst wurden die Berufsschulen in abgelegenen, peripheren Regionen angesiedelt, um auch den ländlichen Raum zu stärken. Die jüngste Vergangenheit hat aber gezeigt, dass SPÖ und ÖVP die Schließungen und andere Zentralisierungsphantasien zur Ausdünnung des ländlichen Raumes massiv vorangetrieben haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Gerade einmal eineinhalb Jahre ist es jetzt her, dass die Landesberufsschule in Gleinstätten im Bezirk Leibnitz geschlossen wurde und aus meiner Sicht dem Ort damit die komplette Existenzgrundlage auch entzogen worden ist. Wir Freiheitliche kämpften damals sowie auch heute mit allen Mitteln gegen die Schließung und die Aufrechterhaltung von Berufsschulstandorten hier in der Steiermark. (*Beifall bei der FPÖ*) Die letzte Evaluierung der steiermärkischen Berufsschulstandorte ist mittlerweile drei Jahre her und neben Gleinstätten waren damals auch noch von den insgesamt 14 Berufsschulstandorten zwei weitere von diesen Auflösungen bedroht, das war nämlich Hartberg und auch Feldbach. Bei der nächsten Evaluierung, die ja heuer im Herbst ansteht, werden die beiden Einrichtungen erneut natürlich um ihr Bestehen zittern müssen. (*LTAbg. Fartek: „Aber geh, ist ja gar keine Rede davon!“*) Ich selbst habe eine Lehre absolviert und besuchte auch in diesem Zusammenhang die Landesberufsschule in Eibiswald. Diese wurde damals – und ich habe mir auch gedacht, wie ich damals das erste Mal nach Eibiswald gefahren bin, ich bin vom oberen Feistritztal, das ist ein „breiter Weg“, da habe ich mir gedacht: „Gut, das wäre praktischer, wenn es in Graz oder in meiner Nähe wäre, dann muss

ich nicht so weit fahren.“ Aber, warum hat man das eigentlich gemacht? Und das sehe ich ähnlich wie in Gleinstätten: Die Landesberufsschulen hat man genau an solchen Standorten, in peripheren Gebieten, also in eher abgelegenen Regionen forciert, um einfach auch dort den Standort und den ländlichen Raum zu stärken, die Kaufkraft zu stärken, die Wirtschaft, aber auch den Schulstandort zu stärken, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und glauben Sie mir eines: Eine Region – ich weiß nicht, wer von euch schon einmal in Eibiswald war, ich war es – wäre ohne diesen Berufsschulstandort mehr oder minder auf gut Deutsch gesagt, wie wir aus dem oberen Feistritztal sagen würden, wirtschaftlich fertiggefahren. Der Bürgermeister – und den möchte ich jetzt zitieren – von Gleinstätten, dieser Landesberufsschule, die vor eineinhalb Jahren geschlossen wurde, der Franz Koller hat gesagt: „Wenn man bedenkt, dass jeder Schüler im Monate ungefähr 500 Euro an Wertschöpfung in der Region Gleinstätten lässt“, und es waren ungefähr 150 Schüler im Monat, „dann reden wir da von einer Wertschöpfung von sage und schreibe 75.000 Euro pro Monat für eine Gemeinde wie Gleinstätten.“ 75.000 Euro, da soll jetzt noch einer sagen: „Das Geld für die notwendigen Investitionen ist es nicht wert zu investieren!“ Wir Freiheitliche sagen da ganz klar: Jeder Cent an Investition in so eine Bildungseinrichtung der Landesberufsschulen ist eine Investition auch in die Jugend und in die Zukunft der Jugend, (*Beifall bei der FPÖ*) und natürlich auch in die Zukunft deren Regionen. Leider hat die jüngste Vergangenheit jedenfalls bewiesen, dass mit der Evaluierung der sogenannten Berufsschulstandorte bedauerlicher Weise auch regelmäßig einhergegangen ist, dass auch die Standortschließungen gefolgt sind. Angesichts der bevorstehenden neuen Evaluierung, die ja heuer im Herbst bevorsteht, muss noch einmal wirklich ausdrücklich darauf hingewiesen werden auf die Wichtigkeit dieser Einrichtungen. Die neue Schwarz-Rote Landesregierung und ihre Agenda Weiß-Grün mögen ein klares Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der steirischen Berufsschulstandorte auch abgeben. (*Beifall bei der FPÖ*) Es ist höchst an der Zeit, erforderliche Investitionen zu tätigen, entsprechende Maßnahmen auch zu setzen, um die steirischen Berufsschulstandorte auch sicherzustellen und zu stärken. Berufsschulstandorte fördern die Kaufkraft in der Umgebung und in der Region, sie kurbeln die Wirtschaft an, wovon insgesamt die ganze Region profitiert. Wir Freiheitliche auf jeden Fall bekennen uns klar zu den steirischen Berufsschulstandorten und werden auch weiterhin für diese kämpfen. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne einer qualitativ hochwertigen Berufsausbildung für junge Steirer in den Regionen für die Aufrechterhaltung der steirischen Landesberufsschulen auszusprechen und im Rahmen der nächsten Evaluierung keinen der bestehenden Standorte in der Steiermark aufzulassen.

Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ - 10.58 Uhr)*

Präsidentin Khom: Für die neuen Mitglieder in diesem Hohen Haus, die noch nicht so ganz wissen, wie das so läuft: Jedes Stück ist einem verantwortlichen Mitglied der Landesregierung zugeordnet und das verantwortliche Mitglied der Landesregierung ist anwesend.

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Michaela Grubesa. Bitte schön.

LTAbg. Grubesa - SPÖ (10.59 Uhr): Vielen Dank Frau Präsidentin, werte Frauen Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende und Zusehende!

Vielleicht, bevor ich zur Sache selbst komme, ein kleiner Hinweis: Ich beglückwünsche natürlich auch alle neuen und wiederkehrenden Abgeordneten in diesem Haus, besonders die beiden Abgeordneten Hirschmann und Derler und möchte Ihnen aber sagen und möchte Sie darauf hinweisen, dass die Frau Präsidentin auch eine Frau Präsidentin ist und nicht eine Frau Präsident. Wenn Sie das hier anders formulieren, dann hat das überhaupt nichts damit zu tun, dass Sie geschlechtergerechte Sprache verweigern oder dass Sie das Gendern nicht so gerne mögen. Darum muss ich Ihnen sagen - es ärgert Sie hoffentlich ganz besonders, wenn Ihnen das ein Kind mit Migrationshintergrund sagen muss: *(LTAbg. Mag. Hermann, MBL: „Geh bitte, hör doch auf, das ist ja lächerlich!“)* Das ist ein inkorrektes Deutsch, das möchte ich festhalten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Da darf man ruhig applaudieren, das ist wichtig – 2020!

Zu dem Bericht an sich finde ich als wichtig, mich zunächst einmal beim Landesrechnungshof zu bedanken. Ich glaube, dass die Kontrolle auch der Arbeit der Landesregierung ..., dass man sich auch Dinge, die vielleicht nicht optimal funktionieren, anschaut. Dinge, die vielleicht auch falsch laufen, einmal zu artikulieren und auch dem Landtag hier zu präsentieren und der Landesregierung zu präsentieren, um Verbesserungen für unsere Lehrlinge in dem Fall zu schaffen. Es ist aber so, und ich hoffe, dass wissen Sie auch, dass nicht nur die Landesrätin in der letzten Legislaturperiode die Landesrätin Lackner und jetzt auch die neue Landesrätin – ich wünsche in diesem Sinne alles Gute – zuständig ist, sondern

dass es sich hier um eine nachgeordnete Dienststelle der A6 handelt, dass ganz viele Institutionen hier involviert sind, auch die A16 und die Landesimmobilien-Gesellschaft. Ich glaube, das ist ein Punkt, den auch der Landesrechnungshof kritisiert hat. Es gibt keine zentrale Anlaufstelle, es gibt keine zentrale Datensammelstelle, aber es ist auch ein Punkt, dem sich niemand verweigert, weil die FPÖ-Abgeordneten sind beide hier herausgekommen und haben so getan, als wären sie die Kontrollinstanz, als wäre ihr Klub derjenige, der sich hier um die Missstände kümmert. (*LTabg. Mag. Hermann: „Ihr seid es nicht!“*) Ich kann aber herauslesen aus sämtlichen Stellungnahmen, auch aus den Medienberichten, dass die Landesregierung und auch die Abgeordneten, denke ich, dieser Kritik gegenüber dem Landesrechnungshof sehr offen gegenüberstehen, dass sie Dinge unterstützen, die der Landesrechnungshof auch formuliert hat und dass sie definitiv auch Verbesserungsmöglichkeiten schaffen werden. Wir haben alleine in der letzten Legislaturperiode – weil Sie auch gesagt haben: „Niemand kümmert sich um die Landesberufsschulen in der Steiermark, außer der FPÖ“ – 17 Millionen Euro investiert, wir haben sehr viel getan, was im Rahmen unserer Kompetenz möglich gewesen ist und natürlich ist auch Luft nach oben und ich glaube, ich darf auch für die neue Landesrätin sprechen, wenn ich sage: Wir werden uns auch um etwaige Missstände und Verbesserungen in dieser Legislaturperiode gemeinsam kümmern. Eine Empfehlung beispielsweise des Landesrechnungshofes war die Prozessdarstellung für das Facilitymanagement, das wird ganz ausdrücklich unterstützt. Die Energiestrategie ist wieder ein etwas komplexeres Thema. Die Fachabteilung ist ein Auftraggeber für unterschiedliche bauliche Maßnahmen und das wird auch aus verschiedenen Budgets gespeist, das ist, glaube ich, ein Teilaspekt dessen, dass es keine zentrale Stelle gibt. Eine weitere Empfehlung die Daten betreffend, auf valide Daten im Bereich des Facilitymanagement ist nicht nur dem Rechnungshof wichtig und in diesem Bericht formuliert, sondern, glaube ich, auch uns als Land Steiermark und als Teilfinanzier genauso wichtig, weil insbesondere die Mieten, die Betriebskosten und der Reinigungsaufwand auch für unser Budget sehr, sehr wichtig sind. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass bereits während der Prüfung des Landesrechnungshofes auch vonseiten der Fachabteilung darauf hingewiesen wurde, dass konkret in den Landesberufsschulen, die hier genannt wurden – Knittelfeld, Mitterdorf und Murau – auch aus Sicht der Fachabteilung die Maßangaben nicht korrekt gewesen sind. Das wurde damals auch gesagt, aber die Zahlen der Betriebskostenabrechnung und des Mietvertrages waren es schon. Und ich glaube, das darf man nicht so stehen lassen. Was die Reinigung betrifft, gibt es hohe

explizite Reinigungskosten und die konkreten Besoldungsdaten sind nur über die A5 verfügbar und die Personalabteilung hat diese Daten leider nicht zur Verfügung stellen können, da es sich einfach um Personen, MitarbeiterInnen handelt, die nicht mehr dem Aktivstand angehören. Das heißt, wenn die A5 diese Daten zur Verfügung stellen würde, dann würden wir sie natürlich auch sehr gerne benennen.

Konkret vielleicht kurz zur Landesberufsschule Feldbach: Im Jahr 2017 mussten mehr Fremdreinigungskräfte eingesetzt werden – das steht auf der Seite 40 – wegen längerer Krankenstände und Kuraufenthalte. In Hartberg ist es so gewesen, dass viele Pensionierungen hier stattgefunden haben usw., ich möchte da überhaupt nicht ganz detailliert darauf eingehen. Es gibt da eine Stellungnahme der Landesregierung. Wir sind alle bereit, die Umstände für unsere Lehrlinge in unseren Landesberufsschulen zu verbessern, auch in Kooperation mit dem Landesrechnungshof und würde auch darum bitten, dass sich sämtliche Klubs, gerne auch der Freiheitliche, in diesem Haus im Sinne unserer Lehrlinge in diesem Land die Hände reichen und schauen, wo wir eine Verbesserung schaffen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Nikolaus Swatek. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Swatek, BSc - NEOS (11.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Regierungsmitglieder, liebe Steirerinnen und Steirer!

Die 16 steirischen Landesberufsschulen bilden zusammen mit den Lehrbetrieben das Standbein unseres dualen Ausbildungssystems und darauf sind wir zu Recht stolz. So ist es ganz interessant und teilweise vielleicht auch amüsant, sich den anfangs vielleicht etwas unscheinbar wirkenden Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Facilitymanagement unserer steirischen Landesberufsschulen durchzulesen und zu studieren. Der Prüfbericht legt aber auch seinen Fokus vor allem auf das Facilitymanagement, also auf die Gebäude- oder Liegenschaftsverwaltung und besonders auf die Bereich Energie mit Strom und Wärme, aber auch die Unterhaltsreinigungskosten, denn diese Bereiche verursachen im Gebäudebetrieb natürlich wesentliche Kosten - Kosten, die für uns jedoch beeinflussbar sind. Und im Sinne der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit, der wir beim Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch verpflichtet sind, ist es daher stetig notwendig zu evaluieren, anzupassen und vor allem auch zu optimieren. Dabei verdeutlicht

uns dieser Prüfbericht vor allem zwei Dinge: Erstens die Wichtigkeit von Zahlen, Daten und Fakten. Denn Daten sollten stets die erste und wichtigste Entscheidungsgrundlage der Politik und der Verwaltung sein. Dabei ist es vor allem wichtig, vollständige und vor allem korrekte Datensätze zu haben. Dass das nicht immer ganz einfach ist, das führt uns dieser Bericht deutlich vor Augen. Denn hier stellte der Landesrechnungshof fest, dass leider bei gleichen Objekten oft divergierende Daten vorkamen, vor allem was die Flächenangabe der Objekte betraf. Das wirkt sich natürlich bei der Evaluierung und Berechnung aller Kosten aus, ganz besonders natürlich bei der Miete und den Reinigungskosten. Umso wichtiger ist es vor allem in Zukunft, alle Daten ordentlich und vollständig zu verfassen und diese Daten auch zentral zu verführen, so dass sie allen auch zur Verfügung stehen und bei Optimierung und Anpassungen auch herangezogen werden können. Der zweite Punkt, der mir sehr wichtig ist vor allem im Umgang von Daten, ist die Tatsache, dass, wenn wir von Zahlen und Daten sprechen auch klare Begrifflichkeiten verwenden sollen. Denn nur, wenn wir von denselben Zahlen sprechen und damit dasselbe meinen, können wir auch vergleichen und optimieren. Der Landesrechnungshof stellt hier leider fest und zeigt auf, dass in diesem Bericht leider oft unterschiedliche Begrifflichkeiten benutzt wurden, d.h. dass man gewisse Zahlen, obwohl man eigentlich das Gleiche versucht hat zu meinen, gar nicht vergleichen konnte, weil z.B. bei einem die Nutzfläche bzw. die Nettogrundfläche verwendet wurde. Hier empfiehlt es sich, vor allem für uns, in externen aber auch in internen Begrifflichkeiten in Zukunft stärker darauf zu achten, auch ÖNORMEN einzuhalten, um auch wirklich optimieren und durchführen zu können. Der Bericht zeigt uns also, dass in dem Bereich der Verwaltung von Daten und vor allem auch im Facilitymanagement noch einiges an Luft nach oben ist und es wird uns ja hier auch versprochen, dass man hier auch nachbessern möchte. Als NEOS ist es mir persönlich auch wichtig, positive Dinge im Bericht hervorzuheben, denn die Aufgabe des Landesrechnungshofes und vor allem auch unsere als Landtag ist ja nicht nur, die negativen Dinge herauszustreichen, sondern auch die positiven Dinge zu erwähnen. Und als Erstes möchte ich natürlich die hervorragende Arbeit des Landesrechnungshofes hier erwähnen, der sich wirklich hier in die einzelnen Dateien und Datensätze vertieft hat und diese genauestens recherchiert hat und uns hier auch wirklich einen guten Bericht vorlegen kann, der eine gute Grundlage bildet, in Zukunft auch zu optimieren.

Der zweite Punkt, den ich in diesem Bericht sehr charmant fand, war vor allem auch das Lob an die zuständigen Personen vor Ort - die zuständigen Personen, die vor allem über den Zustand der Gebäude der Landesberufsschulen Bescheid wissen. Das klingt jetzt am Anfang

vielleicht nicht wirklich relevant, aber Bildung kann nur dann stattfinden, wenn die Gebäude funktionieren, kann nur dann stattfinden, wenn rundherum alles läuft. Und wenn wir über Bildung diskutieren, dann reden wir natürlich sehr oft auch meistens über das Bildungssystem oder über die PädagogInnen, aber nur sehr selten reden wir davon, wie es überhaupt ist, die Gebäude zu verwalten und sicherzustellen, dass Schüler oder Lehrlinge in diesem Fall vor allem auch ein warmes Wasser haben, wissen, dass ihre Fenster funktionieren, was teilweise – angeblich – auch nicht immer ganz funktioniert oder dass sie teilweise nur Klopapier bei ihnen in der jeweiligen Schule haben, vor allem teilweise auch die Universitäten nicht immer ganz on the top sind. Deswegen freut es mich, dass vor allem ... deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier als Landtag einen besonderen Dank und Lob auch an die Schulwärter aussprechen, die stetig über ihre Gebäude Bescheid wissen und vor allem auch stetig darauf bedacht sind, diese Gebäude instand zu halten und ohne die unser Bildungssystem eigentlich nicht funktionieren würde, aber die leider Gottes vermutlich in der ganzen Debatte rund um die Bildung nie erwähnt werden. Vielen Dank und ich freue mich auf Verbesserung und Optimierung in der Zukunft. *(Beifall bei den NEOS – 11.10 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Cornelia Schweiner. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Schweiner - SPÖ (11.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich auf den Kollegen Derler beziehen: Ich halte es für nicht klug, wenn Sie hier einen Standort, wie den Standort Feldbach, einfach hier hereinklatschen, dass der womöglich auch noch geschlossen wird, das verunsichert. Das verunsicherte schon im Landtagswahlkampf in der Region, als der damalige Kollege Kober das wieder versucht hat auf das Tableau zu bringen und es verunsichert auch jetzt wieder. Ihre Worte haben Gewicht, seien Sie sich dessen bewusst, auch hier im Hohen Haus. Nein, wir haben in der Region gemeinsam mit der damaligen Landesrätin Lackner - und werden diese Kooperation gut fortführen - den Standort Feldbach sehr gut abgesichert. Der Kollege Fartek nickt, wir haben uns gemeinsam in aller Ruhe darum bemüht und es macht nicht Sinn, hier große Worte zu tönen, sondern man muss in der Region gemeinsam an Lösungen arbeiten, denn wenn Sie glauben, dass in den nächsten fünf Jahren alles so bleiben kann, wie es ist, dann muss ich

Ihnen sagen: Das Einzige im Leben, die einzige Konstante ist die Veränderung. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.11 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Dolesch. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch - SPÖ (11.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wer mich kennt, wird wissen - die Sandra hat immer gelacht in der letzten Periode oder geschmunzelt zumindest, wenn ich gesagt habe: „Ich bin eher der trockene, staubige, nüchterne Typ“, sie lacht schon wieder, das ist so – meine Stärke ist es nicht, sozusagen Witze zu machen, zu dramatisieren oder faktenfreies Wissen, wie man so schön sagt, einfach so wiederzugeben. Ich möchte daher einen zweiten Aspekt einbringen und ich hoffe, dass in diesem Hohen Haus den auch alle mitgenommen haben. Ein alter lateinischer Spruch lautet: „Non scholae, sed vitae discimus“, also nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Und ich denke, oder hoffe zumindest, dass alle hier, ohne Ausnahme, auch die entsprechenden Grundlagen in ihrem Leben mitbekommen haben, damit wir hier auch in diesem Hohen Haus gesittet, wie man so schön sagt, über alles diskutieren kann, auch wenn man unterschiedliche Standpunkte natürlich vertritt. Das ist normal, gut und richtig so, das ist das Wesen und das Lebendige in der Demokratie. Wo ich allerdings ganz persönlich ein Problem damit habe in Anlehnung an das einleitend Gesagte ist, wenn es Menschen gibt, die einzig und allein ganz offensichtlich auch in diesem Hohen Haus ein Ziel verfolgen: Überall Angst und Bange zu verbreiten, Themen anzureißen, die gar nicht existent sind in dieser Form, weil man sonst ganz offensichtlich nicht viel zu bieten hat. Und ich möchte daher in Bezug auf die Berufsschulen in aller Deutlichkeit sagen: In diesem Hohen Haus - zumindest was die beiden Regierungsparteien betrifft jedenfalls, und ich hoffe darüber hinaus noch Weitere - ist auch in der letzten Legislaturperiode wirklich alles darangesetzt worden, damit wir die besten Rahmenbedingungen für unsere jungen Damen und Herren, für unsere Lehrlinge bieten. Ich bedanke mich daher auch ausdrücklich bei allen, die dazu beigetragen haben im positivsten Sinn des Wortes, hier auch im Hinblick für unsere Lehrlinge zu arbeiten und auch in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die Berufsschulstandorte zu arbeiten. Ich darf in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorstreichen, dass unter Bildungslandesrätin

Mag. Ursula Lackner in den unterschiedlichsten Häusern sehr viel investiert wurde, auch in den vorher genannten beiden oststeirischen Standorten Hartberg und Feldbach. Diese beiden Standorte sind ausdrücklich nicht vernachlässigt worden. Und wie es vorher schon erwähnt wurde: Nachdem alle Schulen – ich betone, alle – im Zuständigkeitsbereich des Landes Steiermark alle fünf Jahre evaluiert werden, kann es nicht sein, dass man ausschließlich an bestimmten Mauern, wenn man es so möchte, irgendetwas festmacht, sondern entscheidend ist, welche Rahmenbedingungen wir für unsere Lehrlinge bieten und es wird auch niemand, denke ich, ernstlich in Frage stellen, dass die beiden Standorte, die vorher erwähnten, nämlich Hartberg und Feldbach, auch nur irgendwie zur Diskussion stehen oder in dieser Form im klassischen Sinne gestanden sind. Wenn ich zurückdenke, da war durchaus auch Anton Kogler als damaliger Freiheitlicher Landtagsabgeordneter, oder der Hubert Lang – er sitzt da so bescheiden immer drinnen -, mit dem ich immer gemeinsam ... erinnere dich, Hubert, wir waren in Hartberg, aber auch in Feldbach und anderswo unterwegs, nicht um irgendwelche Schlagzeilen zu produzieren, sondern gemeinsam mit der damaligen Bildungslandesrätin Mag. Ursula Lackner die Fakten sozusagen zu evaluieren, zu schauen, wie man was am besten bewältigt. Damit komme ich langsam zum Schluss. Ich darf auch daran erinnern, dass die beiden Häuser entsprechend ausgelastet sind, auch z.B. durch die Verlängerung der Lehrzeit und Ähnliches. Und wer Gleinstätten – um es auch hier auf den Punkt zu bringen – in Erinnerung hat, mit diesem Investitionsvolumen, welches damals nötig gewesen wäre bei ursprünglich sinkenden Lehrlingszahlen, wird doch hoffentlich nicht ernstlich behaupten, dass hier alles so mir nichts/dir nichts und problemlos möglich gewesen wäre. Entscheidend, meine Damen und Herren, ist, wie dieses Gebäude entsprechend nachgenutzt werden kann. Ich spreche jetzt von jenem Haus in Gleinstätten und ich darf auch an den damaligen Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer erinnern, der im Rahmen der Regionalentwicklung – und da danke ich sozusagen dem Koalitionspartner, dass hier wirklich eine Entwicklung in Gang gesetzt wurde, wo es entscheidend ist, wie die Nachnutzung dann auch entsprechend ausschaut. Also, zusammengefasst: Wir selbst sind hier immer an guten Lösungen, an den besten Rahmenbedingungen für unsere Damen und Herren der Berufsschulen interessiert und das werden wir auch mit voller Kraft machen. Was ich persönlich zutiefst ablehne ist, sich herauszustellen und einfach irgendetwas faktenfrei zu behaupten. Das ist einfach wirklich die unterste Schublade. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.17 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Detlef Eisel-Eiselsberg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg - ÖVP (11.17 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zum Bericht selbst möchte ich nicht mehr viel sagen. Es sind die wesentlichen Punkte angesprochen worden. Es ist zweifelsohne ein kritischer Bericht, der doch einiges an Verbesserungspotential aufzeigt und ich denke, eine besondere Herausforderung wird es sein, dass man all jene Akteure die hier mitwirken am Facilitymanagement der Landesberufsschulen gut zusammenbringt, an einen Tisch bringt und gemeinsam bespricht, wie diese Dinge verbessert werden können. Weil nicht umsonst sind zwölf der 14 Empfehlungen des Landesrechnungshofes nicht an die Abteilung für Berufsschulwesen gerichtet, sondern beispielsweise an die Landesimmobilien-GmbH, an die A16 Verkehr und Landeshochbau, aber auch an die A15 Energie, Wohnbau und Technik. Das heißt, drei Mitglieder der Landesregierung mit ihren Abteilungen werden sich diesen Empfehlungen widmen müssen und ich gehe davon aus, dass das auch in geeigneter Form abgearbeitet wird.

Zum Dringlichen Antrag einige Worte: Natürlich, die seinerzeitige Strategie in den Regionen Berufsschulstandorte zu errichten war zweifelslos richtig, weil eine gewisse regionalwirtschaftliche Bedeutung ja nicht von der Hand zu weisen ist und ich denke, alle Überlegungen, wie man zukünftig die Struktur der Berufsschulen wählt, müssen auch von diesen Gedanken getragen bleiben und müssen im Fokus haben, welche regionalwirtschaftliche Bedeutung diese Schulstandorte haben. Aber, die Welt hat sich ständig weitergedreht, sie dreht sich auch in Zukunft weiter. Berufsbilder verändern sich massiv oder zum Teil, manche Berufe verschwinden überhaupt aus der Landkarte der Berufswelt und neue Berufe entstehen. Und nicht unwesentlich dabei: Die SchülerInnenzahlen verändern sich im Laufe der Jahre massiv. Ich habe hier nur einige Beispiele mitgebracht, natürlich weit zurückliegend, aber bis in die Gegenwart durchaus interessant. Wenn man 1980 noch rund 35.000 Berufsschülerinnen und Berufsschüler verzeichnete, waren es im Jahre 1990, also zehn Jahre später, gerade noch 26.807. Wieder zehn Jahre später, im Jahr 2000, 22.236 und im Jahr 2010 20.900. Wenn wir die Daten des vergangenen Schuljahres vor uns haben – die aktuellen gibt es noch nicht -, reden wir im Schuljahr 2018/2019 von 16.953 Schülerinnen und Schülern. Wir sehen also: Nicht nur die Berufswelt verändert sich, die Berufsbilder verändern sich, auch die SchülerInnenzahlen

verändern sich. Auch wenn jetzt erfreulicherweise in den letzten Jahren diese Zahlen stabil sind, sogar leicht zugenommen haben und auch deswegen die zuständige Abteilung sagt, dass die Standorte Hartberg und Feldbach überhaupt nicht zur Diskussion stehen, so müssen wir uns doch dieser Entwicklung stellen. Wenn man diese Daten und Fakten leugnet, sich hinstellt und sagt: „Es muss alles, es kann alles so bleiben, wie es immer war“, dann ist das aus unserer Sicht nicht wirklich eine verantwortungsvolle Politik. Das ist eigentlich eine Politik von gestern oder von vorgestern. Das ist eine Politik aus der Mottenkiste, sich hinzustellen und zu sagen: „Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir stehen dafür, dass alles so bleibt, wie es immer war, egal, was passiert“, auf Deutsch gesagt, „ob viele Schüler oder wenige Schüler sind, ob diese Berufe sich weiterentwickeln oder nicht, egal. Wir Freiheitliche stehen dafür, dass alles so bleibt, wie es war.“ Ich glaube aber nicht, geschätzte Kollegen der FPÖ, dass man damit noch punktet. Der Landeshauptmann und viele andere sagen: „Die Wahrheit ist den Wählerinnen, den Wählern, den Menschen zumutbar, wenn man sie argumentiert und wenn man auch aufzeigt, wie man zu diesen Entscheidungen gekommen ist.“ Und gerade ihr von der FPÖ – und dieser kleine Sidestep parteipolitischer Art sei mir gestattet –, ihr müsstet es bemerkt haben, gerade auch im vergangenen Jahr, dass diese Art der Politik, die ihr pflegt – dieser Antrag heute ist ja nichts Neues –, von den Wählerinnen und Wählern nicht honoriert wird, weder österreichweit, noch steiermarkweit, noch in der von euch angesprochenen Gemeinde Gleinstätten. Da habt ihr bei drei Wahlen im vergangenen Jahr ein Minus von über 26 % eingefahren. Ich glaube, das sollte euch zu denken geben, aber wenn ihr es nicht macht: Ich bin nicht der strategische Berater der FPÖ. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ein bisschen kurios wird es dann schon, wenn man im Dringlichen Antrag im Antragstext selbst formuliert: „Ja, das evaluieren wir, das sollen wir evaluieren, aber keiner der Standorte darf aufgelassen werden.“ Also, ich evaluiere und gebe zugleich eine Standortgarantie ab. Möglicherweise haben wir eine andere Auffassung, was evaluieren heißt. Für mich bedeutet evaluieren etwas zu analysieren, etwas anzuschauen, zu durchleuchten, zu prüfen, etwas näher zu betrachten und einzuschätzen und daraus dann letztendlich meine Schlüsse zu ziehen. Das will die FPÖ anscheinend, aber zugleich nimmt sie das Ergebnis vorweg, und das meine ich, ist nicht unser Politikverständnis. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Also ich denke, es wäre ein durchaus geeigneter Weg, dass wir alle gemeinsam, in welchem Bereich auch immer, auf welcher Ebene auch immer, uns redlichst bemühen, dass noch mehr junge Menschen eine Berufsausbildung über die Lehre hin zum Facharbeiter, zur Facharbeiterin wählen. Denn dann würden sich viele Fragen, die wir hier im Haus immer wieder diskutieren, gar nicht erst

stellen, dass wir dann natürlich auf Basis einer seriösen Evaluierung, die keine Ergebnisse vorwegnimmt, die ergebnisoffen ist, die bestmöglichen Schulstandorte für die jungen Leute schaffen, zeitgemäß und modern für ihre Ausbildung. Und ja, bei all diesen Überlegungen müssen wir immer im Auge behalten, immer im Fokus behalten, dass diese Schulstandorte für die Regionen eine regionalwirtschaftliche Bedeutung haben. In diesem Sinne sollten wir diesen Weg so beschreiten. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.24 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hubert Lang. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Hubert Lang - ÖVP (11.24 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist jetzt an und für sich nicht mein Thema, allerdings ist die ländliche Entwicklung angesprochen worden und Schulstandorte in unserer Region Oststeiermark und darum bitte ich um Verständnis, wenn ich mich hier kurz zu Wort melde. Schulstandorte als justament: „Der Schulstandort muss dort bleiben, wo er besteht“, ist möglicherweise eine Strategie, die Landesregierung verfolgt hier eine ganz andere, zielführende Strategie. Schulstandorte brauchen wir dann, wenn wir dementsprechend Schülerinnen und Schüler haben und Berufsschulstandorte brauchen wir, wenn wir in der Fachausbildung dementsprechende Schülerinnen und Schüler haben. Und hier geht die Landesregierung ganz konkret in ihrer Strategie, auch dementsprechend in der Berufsausbildung, aber auch in der Wirtschaftsentwicklung dahin, dass wir diese Fachkräfte, die wir in Zukunft brauchen, auch dementsprechend forcieren. Zum einen geht es darum, die wirtschaftliche Entwicklung dahin zu überprüfen, zu lenken und zu steuern: Wie viele Persönlichkeiten brauchen wir im Maße? Ob das Tourismusentwicklung ist, ob das Handel ist, ob das Gewerbe ist: Wie viel Bedarf ist und wie viele Schülerinnen und Schüler werden hier benötigt? Wir haben ein Programm in der Regionalentwicklung „Bildungsorientierung“, das vorhandene Potential an Arbeitsplätzen ist mit den Schulen abzusprechen, zu koordinieren, um dementsprechend auch Lenkungseffekte zu erzielen, damit unsere jungen Menschen auch bereit sind, diesen Ausbildungsweg zu gehen, dass sie wissen, wenn sie ihre Ausbildung in diese Richtung auch beschreiten, dass sie in der Region einen Arbeitsplatz finden. Gerade dieses Fachkräftegewinnen, Bildungsorientierung ist in der Strategie des Landes Steiermark intensiv aufbereitet, wird über die Regionalentwicklung abgewickelt und die Daten und Fakten zeigen

es ja auch, dass dieser Weg erfolgreich ist. Wir haben eine steigende Anzahl an Auszubildenden, wir haben steigende Zahlen an Schülerinnen und Schülern, die die Berufsschulen besuchen und das ist eine Absicherung für unsere Standorte. Und ich freue mich schon sehr, dass unsere Bildungslandesrätin in der Vergangenheit und auch jetzt genau diese Strategie auch weiterbetreibt, denn das ist in Zukunft diese Absicherung der ländlichen Region, das ist die Zukunft, die Absicherung auch unserer Bildungsstandorte. Das wollte ich nur dazu sagen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.27 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 103/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 103/3, betreffend Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der steirischen Berufsschulstandorte ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Freiheitlichen, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 102/2, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2019/7); Tätigkeitsbericht 2019 zum Bericht, Einl.Zahl 102/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Bernadette Kerschler. Bitte schön.

LTAbg. Mag. Kerschler - SPÖ (11.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders liebe neue Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrter Herr Direktor des Landesrechnungshofes!

Ein paar kurze Zahlen, ein kurzer Einblick zum Bericht, zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes Österreich. Ich glaube, dass es auch für die Rechnungshöfe ein politisch herausforderndes Jahr war, das Jahr 2019, weil ja auch die Rechnungshöfe immer im Blick der Öffentlichkeit stehen, besonders im Blick der Öffentlichkeit stehen. Deshalb auch mein Dank und unser Dank an die hervorragende Arbeit, wir haben es ja auch beim vorigen Tagesordnungspunkt gesehen, wie wichtig die Arbeit der Rechnungshöfe ist. Der Rechnungshof Österreich hat im Dezember des vergangenen Jahres seinen Bericht für das Jahr vorgelegt. Schwerpunkt im Jahr 2019 des Rechnungshof Österreichs war, besonders den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger spürbar zu erhöhen. Das ist ein wichtiger Aspekt. Besonders wichtig im Rechnungshof ist das Prüfen und das ist das Hauptgeschäft des Rechnungshofes. Der Rechnungshof prüft sämtliche öffentliche Stellen, er prüft aber auch alle Gemeinden über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wichtig für uns ist: Wie wirken diese Prüfungen? Das geschieht durch die Empfehlungen. Der Rechnungshof hat im vergangenen Jahr 70 Berichte vorgelegt, sieben Berichte davon haben die Steiermark betroffen. Bei 125 überprüften Stellen gab es Empfehlungen aus 91 Berichten und 2.666 Empfehlungen. Von diesen 2.666 Empfehlungen wurden 1.313 umgesetzt. Es kommen jetzt einfach ein paar Zahlen, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, wie viele umgesetzt wurden. 1.313 umgesetzt und 785 zugesagt, dies entspricht einem Wirkungsgrad von 79 %. Wie hat es in der Steiermark ausgesehen? Hier war der Wirkungsgrad noch ein bisschen höher, hier war der Wirkungsgrad bei 88 %. Wie schaut es aus bei den Follow-up-Überprüfungen? Ausgehend von den Ergebnissen der Nachfrage führt der Rechnungshof Österreich seinen Follow-up-Überprüfungen durch, das ist die zweite Stufe der Wirkungskontrolle. Da schaut man dann: Wie wirkt es tatsächlich? Hier gab es aber durchaus differenzierte Anmerkungen vom Rechnungshof, aber auch sehr positive Anmerkungen, besonders was jetzt den Ausgleich zwischen den öffentlichen Stellen betrifft und das ist bei uns beim Ausgleich der Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften. Das hat unser Bundesland sehr gut gemacht. Der Rechnungshof Österreich prüft aber nicht nur, er hat auch viele andere Aufgaben, die im Bericht aufgeführt sind. Er erfüllt ziemlich viele Aufgaben im internationalen Bereich, die er sehr gut erfüllt und er nimmt auch an vielen internationalen Tätigkeiten teil, Weiterbildungen, und hier liefert er ein sehr, sehr gutes Bild ab, die wir alle in diesem umfassenden Bericht nachlesen können. Ich denke, dass es für uns nicht immer ganz einfach ist, wenn wir selbst eine betroffene Stelle sind, eine Gemeinde sind oder wenn wir hier die Berichte vorgelegt bekommen im Landtag, mit denen wir uns dann differenziert

auseinandersetzen müssen. Es ist aber ein sehr, sehr wichtiger Bestandteil unserer Demokratie und unseres demokratischen Gefüges und wir sind sehr froh, dass diese Aufgaben erfüllt werden. Deshalb sind wir, denke ich mir, sehr gut aufgestellt mit diesen Berichten des Rechnungshofes Österreich und das passt ganz gut, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen mit den Empfehlungen und diese Empfehlungen auch umsetzen müssen. In diesem Sinne herzlichen Dank dafür für die gute Arbeit im Rechnungshof Österreich und wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.33 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (11.34 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, geschätzte Abgeordnete!

Die Abgeordnete Kerschler hat schon die technischen Daten dieses vorliegenden Berichts hier präsentiert und dem ist an und für sich wenig hinzuzufügen. Ich möchte aber die Gelegenheit auch nützen, auch unter Anwesenheit des Herrn Landesrechnungshofdirektors Hofrat Mag. Drobesh mich sehr herzlich zum einen beim Rechnungshof zu bedanken, nämlich für die, glaube ich, wirklich wertvolle Arbeit, die er leistet, auch im Sinne der Kontrolle, der parlamentarischen Kontrolle hier in diesem Haus, und auch für die Bereitschaft, ich glaube, das hat sich wirklich gut etabliert, uns Abgeordneten auch im Kontrollausschuss Rede und Antwort zu stehen – entweder persönlich im Ausschuss oder über Videokonferenz. Das ist nicht in allen Bundesländern so, aber ich glaube, das hat sich sehr, sehr gut bewährt. Ich möchte diesen Tätigkeitsbericht auch zum Anlass nehmen, mich bei Ihnen stellvertretend zu bedanken für die, aus meiner Sicht, sehr konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Ich hoffe darauf, dass diese konstruktive Zusammenarbeit auch in den nächsten Jahren so passieren wird. Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern des Kontrollausschusses, zunächst noch einmal für das Vertrauen mich hier zum Obmann gewählt zu haben und freue mich auf eine gute, gedeihliche Zusammenarbeit in der jetzigen Gesetzgebungsperiode und möchte noch einmal betonen, wie wichtig auch dieses Instrument für uns Abgeordnete ist, möchte auch betonen, dass wir Abgeordnete die Verantwortung haben den Landesrechnungshof entsprechend auch finanziell, budgetär, personell, aber auch die Handwerkzeuge betreffend so auszustatten, dass auch in Zukunft entsprechend diese wichtige Tätigkeit für uns getroffen

werden kann. In diesem Sinne herzlichen Dank, Glückauf! (*Beifall bei der FPÖ, ÖVP und der SPÖ – 11.36 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Nikolaus Swatek, bitte schön.

LTabg. Swatek, BSc. – NEOS (11.36 Uhr) Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher!

Ich möchte diesen Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes vor allem auch dafür verwenden, dem Rechnungshof auch meinen Dank auszusprechen. Den Dank dafür, dass er seine Funktion als unabhängiges Kontrollorgan in dieser Form stetig auch wahrnimmt und vor allem der Verwaltung, aber auch uns als Abgeordneten, stetig Empfehlungen ausspricht, wie wir mit Steuergeld sparsamer auch umgehen können und so auch stetig optimieren können. Im Zusammenhang mit diesem Tätigkeitsbericht möchte ich vor allem aber auch ganz kurz auf eine Sonderaufgabe des Rechnungshofes eingehen. Eine Sonderaufgabe, die vor allem im letzten, politisch gesehen, doch turbulenten Jahr für Schlagzeilen gesorgt hat. Es geht vor allem um die Parteienfinanzierung, denn im Zusammenhang mit dem Ibiza Video, das in Mai 2019 veröffentlicht wurde, entstand mehr denn je eine intensive Debatte um die Finanzierung von politischen Parteien und das Schließen von Lücken im Parteiengesetz. Lücken, die vor allem auch im Ibiza Video auch ausdrücklich angesprochen wurden – z. B. was die Umgehungsmöglichkeit für Meldepflicht von Parteispenden betrifft. Und in meinen Augen und in den Augen von uns NEOS, haben Bürgerinnen und Bürger ganz klar immer das Recht darauf zu erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert. Und das ist in unserem derzeitigen System der Parteienförderung leider nicht gegeben. Deswegen spricht der Rechnungshof in seinem Bericht auch zu Recht wieder gewisse Themen an, wie z. B. echte Prüfrechte, was Parteienfinanzierung betrifft, die konkrete Festlegung erlaubter Verwendungszwecke der öffentlichen Parteienförderung, aber auch die verpflichtende Auflistung von Wahlwerbeausgaben, aber auch die verpflichtende Auflistung von nahestehenden Organisationen und die Beurteilung faktisch nach ihrer Nähe zur Partei sowie für Verbote für Inserate und Sponsoring analog bei Spenden. Forderungen des Rechnungshofes, die wir auch als steirische Landtagsabgeordnete uns zu Herzen nehmen sollten, denn auch in der Steiermark haben wir, was die Transparenz von Parteien betrifft, einige Luft nach oben. So

haben wir leider unter uns noch immer eine Fraktion, die keinen Rechnungshofbericht ablegt, was natürlich allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht nimmt sich darüber zu informieren, auf welche Art und Weise hier Steuergeld verwendet wird –

aber auch, wenn wir abseits der Parteienförderung darauf schauen, wie mit der Klubförderung umgegangen wird. Dass Bürgerinnen und Bürger eigentlich kein wirkliches Recht darauf haben zu erfahren, was mit der Klubförderung geschieht, wie wir als Partei die Klubförderung verwenden, auch nicht zu erfahren, was mit ihrem Steuergeld passiert. Und deswegen glaube ich, ist dieser Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes auch eine kleine Erinnerung an uns daran, in der kommenden Periode auch bei der Parteienförderung hier bei uns im Haus genauer hinzusehen und vermutlich auch Reformen anzupacken. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 11.39 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 102/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung einer Dringlichen Anfrage.

Am Freitag, dem 17. Jänner 2020, wurde von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 198/1 an Frau Landesrätin Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Neuer Ärzte-Bereitschaftsdienst in der Krise“ eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.40 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Haus und via Livestream!

Am 09. Dezember hat die letzte oder die vorerst letzte Sitzung der Gesundheitsplattform stattgefunden. Die Mitglieder werden sich vermutlich daran erinnern, und es ist dort so üblich in diesem Gremium, dass zu Beginn immer der Vorsitzende, das war in dem Fall noch der damalige Gesundheitslandesrat Drexler, und sein Stellvertreter, das ist der Herr GKK-Obmann Harb, immer ihren Bericht abhalten. Und es wurde bei dieser Sitzung überhaupt kein Hehl daraus gemacht, dass der ärztliche Bereitschaftsdienst für die kommenden Weihnachtsfeiertage absolut nicht geregelt ist. Es hat bis dahin viel zu wenig Anmeldungen von Ärzten und Ärztinnen gegeben, und auf mein Nachfragen hin, wie man denn das Problem lösen wird, wurde mir gesagt, dass man jetzt noch einmal auch vonseiten der Gesundheitsplattform, vonseiten des Landes an die Ärzte und Ärztinnen herantreten wird, die sich grundsätzlich bereit erklärt haben am Bereitschaftsdienst teilzunehmen. Herr GKK-Obmann Harb hat dort auch ausführlich über die Probleme im Bereitschaftsdienst berichtet und vorgeschlagen, dass man diese Probleme endlich mittels einer Arbeitsgruppe in den Griff bekommen muss, die er sehr gerne installieren würde. Jetzt wissen wir ja schon länger, dass dieser seit 01. April 2019 neu eingeführte Bereitschaftsdienst nicht so, wie gewünscht bzw. nicht so, wie im RSG, im regionalen Strukturplan Gesundheit, geplant ist, funktioniert. Das ist eine Tatsache. Inwieweit jetzt die Kontaktaufnahme vonseiten des Landes bzw. der Gesundheitsplattform mit den grundsätzlich zur Verfügung stehenden Ärzten und Ärztinnen Früchte getragen hat, weiß ich nicht. Ebenso wenig wissen wir, ob die vorgeschlagene Arbeitsgruppe bereits installiert ist und schon einmal getagt hat. Was wir allerdings wissen, ist, und das ist auch der Grund, warum wir diese Dringliche Anfrage heute stellen, dass sich dieses neue System halt leider einmal mehr zuletzt in den Weihnachtsferien seine gesamten Schwächen offenbart hat – in aller Deutlichkeit. Es hat Visitendienste gegeben, die stark unterbesetzt waren, weil sich eben nicht genügend Ärztinnen und Ärzte gemeldet haben. Die Kleine Zeitung hat aber auch von „fehlgeleiteten PatientInnenströmen“ berichtet. Die sind angeblich an Ordinationen verwiesen worden, die dann gar nicht geöffnet hatten. Tags darauf hat die Kleine Zeitung wieder erklärt, dass es sich um ein Missgeschick gehandelt hat – also die geschlossenen Ordinationen waren sowieso geplant geschlossen. Sie sehen, daraufhin hat sich die Ärztekammer zu Wort gemeldet und hat gefunden, die Ärzteweihnachtsliste – unter Anführungszeichen – hätte niemals veröffentlicht werden dürfen. Man sieht es dort als eine Herabwürdigung der Ärztinnen und Ärzte. In der von mir angesprochenen Sitzung der Gesundheitsplattform, die eben Anfang Dezember stattgefunden hat, hat u.a. auch ein Vertreter der Ärztekammer generell über das neue System gesprochen und auch das

Gesundheitstelefon, das ja gleichzeitig eingeführt wurde mit dem neuen ÄrztInnen-Bereitschaftsdienst oder der hat dort festgestellt, dass die gewünschte Steuerung von Patienten und Patientinnen nicht gut läuft. Laut Dr. Meister werden die Anrufenden nämlich hauptsächlich ohnehin wieder in die Ambulanzen geleitet und eigentlich wollte man ja mit dem neuen System, vor allem mit dem Gesundheitstelefon, die Ambulanzen entlasten. Das heißt, es gibt nach wie vor zwei große Problembereiche: Einerseits wird nach wie vor auch von der Bevölkerung, von den Menschen draußen, über lange Wartezeiten beim Gesundheitstelefon geklagt – immer noch; es hat schon Verbesserungen gegeben, aber immer noch. Und die Sprengeinteilung, die neue Sprengeinteilung, die wurden ja um einiges vergrößert, sorgt nach wie vor für Unmut. Ich darf Ihnen da jetzt – nicht, weil das bei mir für Unmut sorgt oder bei der KPÖ – aus zwei Briefen zitieren, zuletzt im Grazer von einer Frau Wallner, die schreibt: „Am Samstag, dem 07.12.2019 um 14.00 Uhr, habe ich die Nummer 1450 gewählt, weil ich gerne eine Auskunft zu einem ärztlichen Problem gehabt hätte. Nach dem fünften Anruf, ohne jemanden zu erreichen, wählte ich die Notarztrufnummer. Die ist anscheinend auch 1450 zugeordnet, dort dasselbe. Daraufhin habe ich im Internet nach einer dafür verantwortlichen Stelle gesucht, nichts Eindeutiges gefunden. Deshalb schrieb ich am selben Tag ans Bundesministerium und den Gesundheitsfonds Steiermark ein E-Mail mit der Bitte um Antwort. Bis heute habe ich noch keine Erklärung bekommen. Vor allem würde mich interessieren, ob ich an diesem Tag nur Pech hatte oder ob es mehreren Personen so ergangen ist.“ Wie gesagt, das ist jetzt ein Leserbrief. Ich behaupte nicht, dass es allen Anrufern und Anruferinnen so geht, wobei, dass man da lange keine Antwort gibt, halte ich auch nicht für besonders nett. Vielleicht hat sie ja inzwischen schon eine Antwort bekommen, die Frau Wallner.

Es liegt mir auch ein Brief einer Ärztin vor, die in einer ländlichen Gemeinde tätig ist und die sagt u.a. zu den Sprengeln: „Kaum ein Arzt ist gewillt Strecken von z. B. St. Marein im Mürztal bis auf den Semmering zurückzulegen. Und bei etwas Pech vielleicht auch noch unter widrigsten Umständen und bei schlechten Fahrverhältnissen.“ So viel zu dem. Jetzt kann man sagen: „Gut, das sind Einzelfälle.“ Einzelfälle – da sind jetzt nicht wir die richtige Partei, die sich damit gut auskennt, aber selbst wenn es nicht alle betrifft, muss man doch genau hinschauen, denn es begleiten uns genau diese beiden Probleme ja schon sehr, sehr lange. Wir haben übrigens ungefähr vor einem Jahr, nämlich am 12. Februar, das hier schon thematisiert und ich habe jetzt nachgeschaut, worauf unsere Dringliche Anfrage sich damals konzentriert hat und ich habe damals gesagt: „Wir wissen, dass es jetzt schon Lücken im

Bereitschaftsdienst gibt und wir befürchten, dass sich diese durch die neue Regelung des Dienstes um ein Vielfaches vergrößern wird, wenn sich in den neuen, weitaus größeren Sprengeln keine Ärztinnen und Ärzte finden, die bereit sind diese Dienste zu übernehmen“. Wie gesagt, das habe ich am 12. Februar 2019 hier bei einer Dringlichen Anfrage gesagt und Herr damaliger Gesundheitslandesrat Drexler hat mir auch geantwortet, und ich darf jetzt hier zitieren, er sagt dazu: „Ich glaube, dass wir insgesamt mit dem Paket, das wir am 11. April starten, neuerlich eine Verbesserung der Versorgung für die Steirerinnen und Steirer zusammenbringen werden. Wir werden es uns aber auch ganz genau anschauen, denn es ist vereinbart, dass dieses Bereitschaftsdienstmodell nach drei Jahren einer Evaluierung unterzogen wird. Da gibt es sogar eine Sanktion dafür, weil wir ja nämlich die gesamtvertragliche Verpflichtung für die Ärzte, am Bereitschaftsdienstmodell teilzunehmen, Pflicht herausnehmen und auf Freiwilligkeit setzen. Wenn sich das nach drei Jahren nicht bewährt, flugs, ist die Verpflichtung wieder in Kraft.“ So viel hat damals Landesrat Drexler auf unsere Befürchtung hin geantwortet. Genau darauf wollen wir auch heute hinaus: Wenn eine Evaluierung nach drei Jahren geplant war, dann ist das gut und schön. Wenn wir jetzt aber sehen, dass sich das bereits nach so kurzer Zeit absolut in die falsche Richtung entwickelt, dann müssen wir genauer hinschauen. Und deshalb, jetzt haben sich die Zuständigkeiten eben geändert, darf ich heute an Sie, Frau Landesrätin Bogner-Strauß, eine Dringliche Anfrage stellen, denn ich finde, es muss thematisiert werden, dass es nach wie vor Probleme gibt und dass es wohl zu lange ist, wenn wir jetzt bis April 2022 warten. Meiner Meinung nach muss das System so schnell wie möglich evaluiert werden. Ich bin mir jetzt auch nicht sicher, zwischendurch hat es ja immer geheißen, es wird laufend evaluiert. Fakt ist aber auch, wir müssen die Probleme in den Griff bekommen. Bei dieser Dringlichen vor rund einem Jahr waren wir uns alle einig, dass auch der alte Bereitschaftsdienst – aus unterschiedlichsten Gründen – eben nicht mehr gut funktioniert hat. Ich will das jetzt auch gar nicht schönreden und sagen, dass es wieder so sein sollte, wie es früher war. Und dazu habe ich mir auch noch ein Zitat vom Herrn Landesrat herausgesucht. Der hat nämlich gesagt, nach dem wir uns alle einig waren, dass es was Neues braucht: „Der Bereitschaftsdienst-Neu ist das Ergebnis langer und intensiver Verhandlungen, die ein besseres, effizienteres und auch attraktiveres Modell zusammengebracht haben. Wie gesagt, wir sind hier nicht an der Spitze der Entwicklung – Wien, Vorarlberg, Niederösterreich haben diese Entwicklungen bereits hinter sich, andere werden folgen. Ich glaube abschließend, dass dieses Bereitschaftsdienstmodell jedenfalls von uns allen die Chance bekommen sollte, gut zu

funktionieren.“ Ich denke, an dieser Stelle muss man zwei Dinge noch einmal festhalten: Das eine ist, und da darf ich noch einmal aus diesem Brief dieser Ärztin zitieren, die u.a. sich nicht nur über den Bereitschaftsdienst-Neu Sorgen macht, sondern die auch Verbesserungsvorschläge in diesem Schreiben schreibt. Und soweit mir bekannt ist, war das auch ein offener Brief, ging an alle Fraktionen – d. h. es müssten eigentlich alle, die diesen Brief bekommen und gelesen haben, wissen, wovon ich spreche. Ich werde jetzt nicht auf die einzelnen Vorschläge eingehen, das würde meinen zeitlichen Rahmen sprengen. Aber, ich möchte einen Satz noch aus diesem Brief vorlesen, weil er mir einfach sehr wichtig erscheint, und der lautet wie folgt: „Vielleicht wäre es von Vorteil, die ansässigen Ärzte und Ärztinnen ins Boot zu holen und gemeinsam regionale Lösungen auszuarbeiten. Alles was aus eigenem Anreiz und aus eigenen Ideen entstanden ist, wird von den Menschen auch mitgetragen.“ Gut, das ist jetzt vermutlich nichts Neues, denn das wissen Sie sicherlich selbst auch, wenn man jemanden für eine Idee begeistern kann, macht es mehr Sinn, wenn man mit diesem Menschen gemeinsam etwas erreichen will. Gleichzeitig macht es natürlich auch Sinn, die Experten und Expertinnen vor Ort ins Boot zu holen, wie sie es formuliert, um zu schauen, kann man ein System über die ganze Steiermark darüberstülpen oder braucht es vielleicht da oder dort regional spezifische Strukturen? Und, wir haben ja schon erlebt, dass diese Sprengelvergrößerung dann auch bei ein, zwei Sprengel, glaube ich, wenn ich das richtig im Kopf habe, wieder zurückgenommen wurde, weil man draufgekommen ist, es funktioniert nicht. Ich glaube, man muss sich schon – auch wenn man sich einer Sache sehr sicher ist und einem neuen System eine Chance geben will, wenn man dann feststellt, es funktioniert aber nicht – auch so viel sein, so ehrlich sein und sagen: „Gut, hat nicht funktioniert. Machen wir es besser.“ Es hindert uns ja niemand daran, etwas besser zu machen. Ich glaube, gerade dieser Punkt, nämlich die Betroffenen miteinzubeziehen, Frau Landesrätin, möchte ich hier an dieser Stelle Ihnen vor allem sehr ans Herz legen, weil ich in der vergangenen Legislaturperiode, Stichwort Leitspital Liezen, sehr oft das Gefühl gehabt habe, das ist nicht allen wichtig, was die Betroffenen und was die Bevölkerung zur Situation oder zu den Planungen zu sagen haben. Die Politik hat nämlich durch eigene Versäumnisse, das wissen wir, einen Mangel an Personal mitverursacht. Und Kürzungen und Einsparungen, die im Gesundheitssystem in der letzten Zeit immer wieder passiert sind, die helfen letztendlich ebenso wenig weiter, wie Zentralisierungsfantasien, wenn sie nicht funktionieren. Man reitet ja auch kein totes Pferd weiter, wenn es einmal tot ist. Das heißt, man muss sich schon sehr genau anschauen, was hier die Pläne sind, was passiert und letztendlich, ob unter dem Strich

eine Verbesserung nicht nur am Papier herauschaut, sondern auch in der Realität. (*LTA*bg. Schwarz: „*Der Kommunismus ist ja auch tot und du reitest das Pferd weiter.*“) Lieber Kollege Klubobmann Schwarz, (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Das war der beste Beitrag des Tages.*“) in deiner Situation würde ich mir die Frage stellen, inwieweit die Sozialdemokratie, vor allem auch unter deiner Klubführung hier, weiterzureiten ist, (*Beifall bei der KPÖ*) denn im Gegensatz zu euch, haben wir Stimmen dazu gewonnen. Das solltest du dir aber einmal durch den Kopf gehen lassen. (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Wir aber auch.*“) Ja, Herr ehemaliger Gesundheitslandesrat, ich finde ja wirklich sehr schade, dass Sie nicht mehr zuständig sind. Mir haben ja unsere Debatten immer besonders gut gefallen, aber ich freue mich auch auf die Debatten mit der Nachfolgerin.

Zurück zum Thema, wir wissen auch, und das ist, was sehr ernst ist und worüber man nicht scherzen sollte. Wir haben einen Mangel an Ärzten und Ärztinnen, zumindest haben wir sie nicht immer dort, wo wir sie brauchen. Wir haben einen starken Anstieg an Wahlärzten und Wahlärztinnen. Da hat es vor einiger Zeit immer noch geheißen: „Keine Sorge, nicht versorgungsrelevant“, mittlerweile wissen wir, ist es sehr wohl. Das heißt, wir haben eigentlich einen Mangel an Kassenärzten und –ärztinnen, wir sind auf der Suche nach Pflegepersonal und das sind lauter Dinge, die uns was angehen und für die auch Verantwortung übernommen werden muss. Und wenn also klar ist, dass so ein neues System seine Schwächen hat, erkennbare Schwächen hat, dann sollte man, meiner Meinung nach, suchen diese Schwächen auszumerzen. Und nicht sich hinzustellen und das jetzt noch zweieinhalb Jahre schönzureden, denn dann haben wir eh eine Evaluierung. In der Hoffnung, Frau Landesrätin, dass Sie als neue Zuständige für Gesundheit die Probleme rasch erkennen und auch gewillt sind Lösungen zu finden, wo sie offensichtlich notwendig sind, darf ich an Sie nun folgende Dringliche Anfrage stellen:

1. Wie lange dauert ein Erstgespräch am Gesundheitstelefon derzeit im Durchschnitt?
2. Wie viele Visiten konnten in den einzelnen Regionen im Rahmen des Bereitschaftsdienstes pro Monat absolviert werden?
3. Wie viele Bereitschaftsdienste bleiben in den 25 Regionen jeweils im Durchschnitt pro Monat unbesetzt, Montag bis Freitag Abend und am Wochenende bzw. Feiertagen?
4. Welche Regionen sind von der Unterversorgung besonders betroffen, wenn unbesetzte Bereitschaftsdienste als Maßstab dafür herangezogen werden?
5. In wie vielen Fällen kam es seit 01.04.2019 zu Nullmeldungen, also zu einem Komplett-Ausfall des Bereitschaftsdienstes in einer Region und welche Regionen waren betroffen?

6. Wie hoch war die Abdeckung des Bereitschaftsdienstes in den einzelnen Regionen zwischen Weihnachten 2019 und 06. Jänner 2020?
7. Wie hat sich die Inanspruchnahme der Spitalsambulanzen an Wochenenden und an Feiertagen in den Stunden zwischen 18.00 und 24.00 Uhr seit 01.04.2019 entwickelt?
8. In wie vielen Fällen musste seit 01.04.2019 in Ermangelung eines Bereitschaftsdienstes nach 24.00 Uhr der Rettungsdienst des Roten Kreuzes außerhalb von Graz die Versorgung übernehmen?
9. Warum existiert in der Steiermark keine verpflichtende Notdienstordnung wie etwa in Wien und Oberösterreich, aber auch in ganz Deutschland, die die Teilnahme von KassenärztInnen an den Bereitschaftsdiensten verpflichtend regelt?
10. Welche Maßnahmen werden gesetzt, um trotz mangelnder Teilnahme der KassenärztInnen am freiwilligen Bereitschaftsdienst den ärztlichen Notdienst in der gesamten Steiermark in Zukunft sicherzustellen? Ich bitte um Annahme.

Ich möchte nur abschließend noch sagen: Lieber Kollege Schwarz, du weißt, ich habe überhaupt nichts gegen Zwischenrufe und ich mag intensive Debatten sehr gerne. Aber die Kollegin Grubesa hat heute hier vor Kurzem eingeladen, vor allem die Opposition, mit konstruktiven Vorschlägen mitzuarbeiten. Das tun wir sehr gerne. Und wenn ein Problem erkannt wird und wir hier das mit einer Dringlichen Anfrage thematisieren, dann sehe ich das durchaus als konstruktive Mitarbeit und vielleicht können sich deine Zwischenrufe künftig auch fachlich ein bisschen höher qualifizieren. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 11.58 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich erteile Frau Landesrätin Juliane Bogner-Strauß das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (11.59 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

In einem meiner ersten Interviews als frischgewählte Landesrätin habe ich ganz dezidiert darauf hingewiesen, dass in der Politik ich mich dafür verschrieben habe, dass es um Daten und Fakten geht. Und ich bitte Sie darum diesen Satz durchaus programmatisch zu verstehen. Sehr geehrte Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, Sie haben heute in Ihrer Dringlichen Anfrage ausgeführt, dass wir den Bereitschaftsdienst auf neue Füße gestellt haben und ich denke, das

sind sehr tragfähige Füße. Aber ich verhehle natürlich nicht, es hat, seitdem es den neuen Bereitschaftsdienst gibt, seit 01.04.2019 nämlich, einiges an Herausforderungen gegeben, dennoch sind alle involvierten Institutionen – ich möchte hier den Gesundheitsfonds nenne, das Rote Kreuz, die Krankenkasse und auch die Ärztekammer – sehr darum bemüht gewesen, das System stetig zu verbessern. Ich darf hier zweierlei nennen: Das Personal des Bereitschaftsdienst-Telefons wurde verstärkt und auch im Sommer wurden die Bereitschaftsdienst-Ordinationen wieder in das System integriert. Sie sehen, wir warten nicht drei Jahre auf eine Evaluierung, sondern wir verbessern stetig, wo es notwendig ist.

Was lässt sich also nach mittlerweile mehr als 50.000 PatientInnengesprächen zu den anfangs kritisierten Punkten sagen? Die Abhebedauer konnte mittlerweile, und ich spreche hier von Durchschnittswerten, unter der Woche auf sieben Sekunden reduziert werden und am Wochenende auf zehn Sekunden gesenkt werden. Die Besetzung des Visitendienstes hat sich bis auf wenige Regionen sehr gut entwickelt, sodass wir hinsichtlich der Gesamtabdeckung steiermarkweit besser dastehen als mit dem alten System. Durch die Einführung der Bereitschaftsdienst-Ordinationen am Wochenende an den Vormittagen konnte auch eine beinahe flächendeckende Versorgung in der Steiermark erreicht werden.

Ich bin der Meinung, und ich glaube das sagen die Zahlen, Daten Fakten, dass dieses System doch für sich spricht. Alle sind wir gefordert, alle Partner und Partnerinnen, die ich vorher erwähnt habe, vor allem auch deshalb, und Sie haben es in Ihrer Dringlichen erwähnt, dass wir seitens des Landes Steiermark keinen einzigen Arzt und keine Ärztin dazu verpflichten können, Bereitschaftsdienste zu absolvieren. Erschwerend kommt hinzu, dass es schlichtweg nicht unseren Verantwortungsbereich betrifft, wenn – wie vor Kurzem geschehen – seitens des Gesundheitstelefons 1.450 Patientinnen und Patienten zu insgesamt 78 als „geöffnet“ gemeldeten Ordinationen geschickt werden, zu sogenannten „Regelordinationen“, die aber dann in Wirklichkeit geschlossen sind, weil die verantwortlichen Ärztinnen und Ärzte es unterlassen haben, es der Landesvertretung und der Versicherung mitzuteilen, dass sie an diesen Tagen die Ordination doch geschlossen haben. Dazu muss man wissen, das System funktioniert folgendermaßen: Es gibt auf der Homepage „ordinationen.st“ eine Liste über Bereitschaftsdienstordinationen, aber auch eine Liste von Regelordinationen, und der Bereitschaftsdienst kann dann, wenn angerufen wird, an die Regel- bzw. Bereitschaftsdienstordinationen verweisen und Patientinnen und Patienten dorthin schicken. Allerdings hilft es natürlich wenig, wenn die Regelordinationen im System als offen gelistet sind und in Wirklichkeit zugesperrt haben. Was natürlich auch dazu führt, dass Patientinnen

und Patienten dann wieder beim Bereitschaftsdiensttelefon anrufen müssen, um weitere Informationen zu bekommen. Das heißt, hier gibt es natürlich Luft nach oben und hier möchte ich natürlich auch die zuständigen Ärzte und Ärztinnen darum bitten sich in Zukunft auch einzutragen, wenn sie ihre Regelordinationen nicht offen haben. Das wurde auch mit der Ärztekammer bereits entsprechend besprochen.

Sie sehen, wir alle sind gefordert. Hier geht es einfach darum, wie kann ich den Patienten und Patientinnen in der Steiermark bestmöglich helfen. Es geht darum Patientenströme dorthin zu bringen, wo es Ordinationen gibt, wo Visitendienste da sind. Es geht darum, dass die Steirerinnen und Steirer bestens versorgt sind. Und damit möchte ich zur Beantwortung Ihrer zehn Fragen kommen:

Die Frage 1 beantworte ich wie folgt: Ein durchschnittliches Gespräch liegt bei 12,5 Minuten. Hierbei handelt es sich nur um jene Gespräche, die vollständig durch das standardisierte Protokoll geführt werden.

Zur Frage 2 möchte ich vorab Folgendes sagen: Ich müsste jetzt, nachdem der Bereitschaftsdienst seit 01. April im Dienst ist, 250 Zahlen vorlesen. Ich glaube, sehr geehrte Frau Klubobfrau, das würde das Zeitkorsett sprengen und daher haben wir es uns erlaubt, hier Durchschnittswerte für die Regionen über alle neun Monate vorzutragen.

Im Ausseerland gab es im Durchschnitt 32 Visiten pro Monat, im Raum Schladming - 18, im Raum Liezen – 38, in Murau – 37, in Judenburg-Zeltweg – 20, in Eisenerz-Landl – 17, in Knittelfeld-Trofaiach – 26, in Kapfenberg in etwa 40 pro Monat, im Mariazellerland – drei, in Kindberg-Mürzzuschlag – 19, Hartberg-Joglland auch etwa 19 pro Monate, in Weiz 26 pro Monat im Durchschnitt, Raum Fürstenfeld 22 pro Monat, Gleisdorf – 45, Bad Radkersburg-Gnas-Straß-Spielfeld – 47, in Leibnitz kommen wir auf 120 Visiten pro Monat, in Deutschlandsberg auf 101, im Raum Wildon auf 100, Voitsberg-Köflach auf 66, in Graz auf etwa 226 pro Monat, Raum Laßnitzhöhe Mur – 29, und in neuen Sprengel, Sie haben erwähnt, wir haben auch weitere Sprengel hinzugefügt, Knittelfeld, Zeltweg waren es drei pro Monat.

Auch die Frage 3 ist ein Zahlenkonvolut, wenn es um die Beantwortung geht und deshalb sind die Daten auch hier Monatsdurchschnitte von 01.04.2019 bis zum 31.12.2019. Zuerst einmal möchte ich von jenen Bereitschaftsdiensten von Montag bis Freitag im Zeitraum von April bis Dezember sprechen. Die meisten Regionen waren zu 80 bis 100 % gebucht. Nur wenige Regionen hatten eine Buchungslage von 25 bis 50 %. Hier möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass die geringe Buchungslage eher in Regionen stattgefunden hat, wo es

eigentlich ausreichend Ärzte geben sollte. An den Wochenenden lag die Buchungslage des Bereitschaftsdienstes zwischen 5 und 96 %.

Sie haben jetzt in der Frage 4 auch dezidiert gefragt, in welchen Regionen es zu einer Unterversorgung kommt. Das möchte ich mit der Frage 3 verknüpfen. Jene Regionen, die schlecht gebucht waren bei den Visitendienten, ohne hier ein Pushing betreiben zu wollen, sind Judenburg-Zeltweg, Knittelfeld-Trofaiach, Kindberg-Mürzzuschlag, Hartberg-Joglland, der Raum Fürstenfeld-Feldbach und die neue Region Knittelfeld, Zeltweg. Wobei diese erst seit drei Monaten Bestand hat und man vielleicht noch darauf hoffen kann, dass sich hier die Buchungslage verbessern wird.

Zur Frage 5: In wie vielen Fällen kam es seit zu Nullmeldungen?

Hier ist es so, dass eine detaillierte tageweise Auswertung ich Ihnen die heute nicht präsentieren kann. Das wäre im Zuge der Vorbereitungszeit nicht möglich gewesen, aber die kann ich Ihnen gerne nachliefern.

Zutreffend ist, dass es tageweise in manchen Regionen eine Nullmeldung gegeben hat, was aber nicht bedeutet, und das möchte ich hier betonen, dass es keine Versorgung an diesen Tagen gegeben hat, weil hier wurde durchaus über andere Regionen ausgeholfen und waren auch verfügbar.

Zur Frage 6 möchte ich wieder einleiten mit den Worten: Würde ich alle Zahlen vorlesen, die Sie sich gewünscht hätten in Ihrer Anfrage, würde das das Zeitkorsett sprengen. Und so darf ich hier zusammenfassend auf die Regionen eingehen.

Es geht darum, „wie hoch war die Abdeckung des Bereitschaftsdienstes in den einzelnen Regionen zwischen Weihnachten und 06. Jänner 2020“?

Hier möchte ich die Tage vom 23. bis 29. 12. zusammenfassen. Hier gab es neun Regionen mit einer Abdeckung unter 25 %, vier Regionen mit einer Abdeckung zwischen 25 und 50 % und zwölf Regionen mit einer Abdeckung zwischen 50 und 100 %. Weiters darf ich die Tage vom 30.12. bis 05.01. zusammenfassen: Hier gab es drei Regionen mit null % Abdeckung, elf Regionen mit unter 25 % und weitere elf Regionen mit einer ausgezeichneten Abdeckung von 48 bis zu 100 %. Und explizit ausgewiesen habe ich dann auch noch den 06.01. Hier hatten wir wiederum drei Regionen mit null % Abdeckung, vier Regionen mit unter 25 %, sechs weitere Regionen mit 33 bis 50 % Abdeckung und in zwölf Regionen hatten wir eine sehr gute Abdeckung mit 67 bis 100 %.

Zur Frage 7 darf ich wie folgt Stellung nehmen: In den letzten Monaten hat es immer wieder geheißt, vor allem auch medial, dass seit der Einführung des Gesundheitstelefon die Ambulanzzahlen massiv gestiegen seien. Deswegen haben wir hier eine Arbeitsgruppe eingerichtet und die besteht aus Vertretern der KAGes, der Ärztekammer, der Gebietskrankenkasse oder jetzt Österreichische Gesundheitskassa, des Roten Kreuzes und des Gesundheitsfonds. Die gibt es seit Herbst 2019 und die wird jetzt wirklich genau hinschauen, ob die Anzahl der Ambulanzen einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Bereitschaftsdiensten hat, denn ich glaube, Sie/wir alle wissen ganz genau, dass die Inanspruchnahme der Spitalsambulanzen in den letzten Jahren sowieso schon kontinuierlich angestiegen ist.

Ihre Frage 8 darf ich wie folgt beantworten: Das Gesundheitstelefon steht seit dem 01.04. auch nach 00:00 Uhr steiermarkweit mit einem Hintergrundarzt zur Verfügung und auf den können sowohl die Gesundheitsberatung als auch Rettungsmannschaften vor Ort zurückgreifen. Im Zeitraum von 01.04. – 31.12.2019, zwischen 00:00 und 05:00 Uhr, war es laut Auskunft des Roten Kreuzes so, dass in der Zeitspanne im Jahr 2018 die Einsätze merklich zurückgegangen sind im Gegensatz zu Ihrer Annahme.

Die Frage 9 darf ich wie folgt beantworten: Eine „Notdienstverordnung“ ist in der Steiermark begrifflich nicht bekannt und auch nicht vorgesehen. Sehr geehrte Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, von Montagfrüh bis Freitagabend wurde der Bereitschaftsdienst immer schon freiwillig geleistet. Für Vertragsärzte besteht eine Verpflichtung zum Bereitschaftsdienst am Wochenende. Da geht es um Freitagabend bis Montagfrüh und diese Vereinbarung gab es mit der Ärztekammer und der Sozialversicherung. Diese Vereinbarung haben wir jetzt im Jahr 2018 für drei Jahre ausgesetzt, schon in Vorbereitung auf den Bereitschaftsdienst und das hatte mehrere Gründe: Erstens einmal geht es dem Bereitschaftsdienst darum, natürlich dem Patienten und der Patientin am meisten dienlich sein zu können. Dann wurde vom Bereitschaftsdienst auch hinterfragt: „Wie kann ich eine bessere Steuerung der Visiten vornehmen? Wer benötigt tatsächlich und wie dringend einen Vor-Ort-Besuch?“ Außerdem geht es um die gleichlebende Qualität der Versorgung in allen Regionen und bisher hat es signifikante Unterschiede in der Erreichbarkeit und Mobilität der Ärzte gegeben, und was zur Einführung des Bereitschaftsdienstes auch beigetragen hat, der Gedanke, von dem der Bereitschaftsdienst auch getragen ist, ist, wie kann ich die Landarzt-Tätigkeit attraktivieren? Wir wissen, es ist nicht so einfach Landärzte zu finden. Es gibt Stellen, die mehrmals ausgeschrieben werden müssen. Vor dem Bereitschaftsdienst war es so, eben durch die

Verpflichtung zu einem Wochenenddienst mussten einige Kassenärzte in den Regionen draußen jedes dritte oder vierte Wochenende Dienst schieben. Und das hat dann bedeutet, dass sie ein ganzes Wochenende Dienst hatten und am Montag in eine volle Ordination gehen mussten und vermutlich da vielleicht, ich will keinem etwas in den Mund legen oder vorschieben, aber vermutlich auch nicht ganz ausgeruht dann in die volle Ordination am Montag gehen konnten. Ich glaube, die Parameter waren die Idee hinter dem Bereitschaftsdienst oder einige der Ideen hinter dem Bereitschaftsdienst, um eben den Patienten und den Patientinnen in Zukunft bestens zu helfen.

Was die Verpflichtung am Wochenende angeht, gab es übrigens bei einer Verordnung auch einen Formalfehler bei der Ärztekammer. Nach einer Beschwerde eines Arztes wurde deshalb die Verpflichtung vom Verwaltungsgerichtshof auch aufgehoben.

Zur Frage 10 möchte ich wie folgt antworten: Derzeit gibt es intensive Verhandlungen auf der einen Seite mit der Ärztekammer, aber auch mit alternativen Betreibern. Bei den Verhandlungen mit der Ärztekammer geht es darum, dass wir die Konditionen am bisherigen Modell weiterverhandeln und bei den Verhandlungen mit den alternativen Betreibern geht es um neue Modelle in einer Vor-Ort-Betreuung. Wir werden zeitnah, aber noch im ersten Halbjahr 2020 dazu die Ergebnisse erhalten, und auch hier möchten wir natürlich, dass es darum geht, dass es Verbesserungen für die Patienten und Patientinnen gibt und, wie ich es am Anfang schon erwähnt habe, sehr geehrte Frau Klubobfrau, wir warten nicht drei Jahre lang, um dann eine Gesamtevaluierung durchzuführen, sondern wir versuchen laufend stetig das System des Bereitschaftsdienstes für die Steirer und Steirerinnen zu verbessern. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.17 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Landesrätin.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu diesen Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (12.17 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsmitglieder!

Ich möchte zuerst einmal sagen, dass ich mich sehr freue, dass mit unserer neuen Frau Gesundheitslandesrätin ganz sicher einmal neue Sichtweisen auch in dieses Haus einziehen und zum Thema Gesundheit und Pflege und dann hoffentlich auch neue Ansätze teilweise vielleicht berücksichtigt werden. Jetzt ist Hannes Schwarz nicht da, aber prinzipiell geht es mir schon darum, und das habe ich, glaube ich, in der letzten Periode immer wieder schon bewiesen, gerade in diesem sensiblen Thema Gesundheit konstruktive Vorschläge einzubringen, Verbesserungsvorschläge einzubringen und auch wirklich daran mitzuwirken, dass die Menschen das haben, was so die Basis für Gesundheit im Allgemeinen ist – aus meiner Erfahrung nämlich eine Verlässlichkeit im System, Sicherheit, dass es da ist, wenn man es braucht, und die Verfügbarkeit natürlich, wie es erwähnt wurde, in der ganzen Steiermark. Und da haben wir genau zu diesem Thema – das können Sie jetzt nicht wissen, aber das ist natürlich schon lange Zeit ein breit diskutiertes Thema gewesen – von Anfang an gewisse Vorschläge auch gemacht und, wie es heute in der Einbringung der Dringlichen Anfrage schon erwähnt wurde, gab es auch von Beginn an aus meiner Sicht durchaus konstruktive Vorschläge von Ärztinnen und Ärzten, die sich hier in gewissen Systemen befunden haben, die teilweise wirklich schon schlecht funktioniert haben und teilweise auch sehr gut funktioniert haben. Und ich habe mich immer bemüht und werde das auch heute tun und ich freue mich vor allem schon, dass mein junger Kollege Schwarzl, der ja auch selbst angehender Mediziner ist, danach noch unseren Entschließungsantrag einbringen wird. Also wir haben uns immer bemüht, hier ganz klar sachlich an die Dinge heranzugehen und vor allem auch Dinge vorzuschlagen, die anderswo schon gut funktionieren. Ich möchte jetzt auch in diesem Zusammenhang darauf eingehen, was schon verbessert wurde, ganz kurz, weil auch da war eine unserer Forderungen, die zu Beginn noch eher nicht sehr ernst genommen wurde, aber mittlerweile umgesetzt ist, dass eben Bereitschaftsordinationen auch zur Verfügung stehen sollen, weil das in anderen Bundesländern, ich nenne jetzt wieder Oberösterreich, einfach sehr gut zum Funktionieren des Systems beigetragen hat.

Und da bin ich auch schon beim Punkt, es war und ist natürlich ein dezidiertes Ziel, dieser Bereitschaftsdienst und die Gesundheitstelefon-Einführung gewesen, Ambulanzen auch zu entlasten. Es ist ein dezidiertes Ziel von Gesundheitspolitik allgemein, Ambulanzen zu entlasten, weil es nicht nur für die Menschen das Bessere ist, sondern auch für die Budgets die weitaus bessere Lösung ist. Das wissen wir alle, das wissen alle, die sich mit Gesundheitspolitik beschäftigen. Gut, da habe ich jetzt gehört in der Anfragebeantwortung, das wird man sich ansehen, da gibt es offensichtlich bis jetzt eher die subjektiven Eindrücke,

die kann ich auch bestätigen, dass das noch nicht ganz so erfolgreich ist, die Entlastung der Ambulanzen, aber, wie gesagt, auch ich habe gerne Zahlen und Fakten und bin gespannt, wie sich das dann wirklich zeigt, wenn die Arbeitsgruppe da tätig geworden ist.

Das Zweite ist natürlich die Verfügbarkeit für die Menschen, die muss uns natürlich in dem Sinn ein besonderes Anliegen sein, weil letztlich ist das unsere Verantwortung mit dem Steuergeld so umzugehen, dass die Menschen dann das so vorfinden, was sie im Fall des Falles brauchen. Hier hat es Anlaufschwierigkeiten gegeben. Also für mich ist das ganz klar, Systemumstellungen sind am Anfang immer ein bisschen schwierig, es ist gerade in diesem heiklen Bereich dann nicht immer für alle gleich einsichtig, wie das jetzt neu funktionieren kann. Es wurde hier teilweise schon nachgebessert, da bin ich auch zuversichtlich, dass man hier weiter darauf schauen wird. Was ich allerdings auch noch einmal hier einbringen möchte, was wir von Anfang an betont haben, ist eben, dass es hier auch schon Systeme in anderen Bundesländern gibt, die sehr gut funktionieren, die letztlich dazu geführt haben, nämlich auch den bestehenden und auch von der Frau Landesrätin jetzt wieder erwähnten Mangel an Ärztinnen und Ärzten, die bereit sind, sich in die Allgemeinmedizin zu begeben, und zwar vor allem am Land, dieses System wirklich geholfen hat, hier auch eine Verbesserung zu erzielen, nämlich, dass vor allem junge Frauen auch in diesem Beruf tätig sind, die dann auch die Möglichkeit haben, Bereitschaftsdienste auszuüben. Und das ist eben in Oberösterreich dadurch gelungen unter anderem, dass auch ein Fahrdienst zur Verfügung gestellt wurde. Jetzt bin ich nicht diejenige, die sagt, das muss jetzt flächendeckend in der Steiermark überall so passieren. Ich bin sehr der Meinung, dass man sich das regional gezielt anschauen soll, aber ich glaube, dass es tatsächlich ein Punkt ist, der extrem erleichtern würde, gerade in größeren Sprengeln, diese Abdeckung zu erzielen und der vor allem Frauen, die in dem Bereich auch tätig werden wollen oder vielleicht ein- bis zwei Bereitschaftsdienste übernehmen wollen, hier das auch mit einer größeren Begeisterung zu machen, weil es einfach mehr Sicherheit bietet. Ich glaube, inhaltlich kann man sich das alles genau anschauen, wenn man möchte, es gibt dazu zahlreiche Fakten, die wir zur Verfügung stellen könnten. Es gibt ein funktionierendes System, an dem man ansetzen könnte und ich glaube, dass es im Sinne der Bevölkerung, im Sinne von Verlässlichkeit, Verfügbarkeit und Sicherheit für alle Beteiligten, nämlich für die Ärztinnen und Ärzte, aber auch für die Bevölkerung vor allem durchaus lohnend wäre, sich dieses System anzuschauen und in diese Zwischenevaluierungen noch einmal einzubeziehen und gegebenenfalls dann auch entsprechende weitere Anpassungsschritte vorzunehmen. Das muss in unserem gemeinsamen Interesse sein, und ich

bin sehr zuversichtlich und hoffe und bitte auch darum, dass man sich das noch einmal genau anschaut und glaube, dass es mit der neuen Frau Landesrätin hier auch eine Möglichkeit geben könnte, dass man das ein bisschen offener macht und vielleicht auch in diese Richtung geht. In diesem Sinne hoffe ich, dass das System weiterentwickelt wird, und zwar so schnell und so effizient, dass sehr bald auch bei den Menschen in der Steiermark das Gefühl entsteht, wenn sie hier anrufen, kommen sie wirklich rasch an die richtige Stelle und es ist dann jemand da, der ihnen weiterhilft. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.24 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Reif. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Reif – NEOS (12.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Zweite Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Nichts sollte uns hier im Hause wichtiger sein, als die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Besonders in der Steiermark stehen wir hier vor großen Herausforderungen, denn das steirische Gesundheitssystem muss genauso wie in der gesamten Republik revolutioniert werden. Diese Revolution wird uns auch nicht von heute auf morgen gelingen, aber es sind schon einmal Schritte in die richtige Richtung getan worden. Grundsätzlich ist der Bereitschaftsdienst Aufgabe der Krankenkasse und der Ärztekammer. Die Aufgabe des Landes liegt bei den Spitälern. Allerdings ist das Land Steiermark aufgrund der Gesundheitslandeszielsteuerung zur Zusammenarbeit mit den Kassen verpflichtet. Wie können wir also unser Gesundheitssystem in der Steiermark verbessern? Dem Ansatz des neuen Bereitschaftsdienstes ist ja grundsätzlich nichts Negatives entgegenzubringen. Allerdings gibt es einige Punkte, die dringend geändert werden müssen. Leider ist die Zusammenlegung der Distrikte in Großregionen wie z.B. im Murtal, wo man ca. eine Stunde von nördlicher bis zu südlicher Richtung benötigt, entgegen aller Warnungen der Ärzteschaft erfolgt. Weiters wurden die Ordinationszeiten am Wochenende eingeschränkt und damit ein reiner Visitedienst geschaffen. Es ist allerdings Tatsache, dass während der Öffnungszeiten der Ordinationen am Samstagvormittag sowie Sonntagvormittag über 80 % aller Patientenanfragen abgedeckt wurden. Natürlich funktioniert das nur in kleineren Distrikten. Im Bereich der Öffnungszeiten wurde mittlerweile nachgebessert. Samstag, Sonntag, 09 bis 11 Uhr, doch bei den Öffnungszeiten am Wochenende wäre noch die Öffnungszeit von 17 bis

19 Uhr wünschenswert. Nur im Bereich der Distrikte ist noch erheblicher Nachholbedarf. Ein wirklich bedenkliches Problem stellt allerdings die Tatsache dar, dass durch das Auslaufen der Distriktsarztstellen und dem nicht mehr Vorhandensein von Bereitschaftsdiensten keine Totenbeschau mehr möglich ist, da die Stellen des Distriktsarztes schon vor geraumer Zeit gestrichen wurden und die Kompetenzen der Aufgaben, wie der Totenbeschau, dem Verwaltungsbereich der Kommunen und im Weiteren der niedergelassenen Ärzte übergegangen ist, passiert es, dass im jetzigen System leider eine Totenbeschau am Wochenende in vielen Regionen nicht möglich ist, da es ja keine Diensträder mehr gibt. Dasselbe gilt auch für das im § 8 Abs. 7 des Primärversorgungsgesetzes stehenden Recht der Zwangseinweisung in eine psychiatrische Abteilung. Dies besagt, dass Zwangseinweisungen ausschließlich durch eine/n im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt oder Ärztin erfolgen darf. Es muss daher mit Expertinnen und Experten sofort evaluiert werden, wie wir die Primärversorgung, aber vor allem auch den Stellenwert des niedergelassenen Arztes und der Ärztin in der Steiermark stärken bzw. welche finanziellen Mitteln personell sowie finanziell benötigt werden, um den Bereitschaftsdienst zu verbessern und weiter auszubauen. Die Finanzierung dazu sollte zum Teil von neuen Krankenkassen und zum Teil vom Land bereitgestellt werden. Immerhin ist die Steiermärkische Gebietskrankenkasse bzw. die Neue Gesundheitskasse eine Gesundheits- und keine Sparkasse. Werte Frau Bogner-Strauß, Sie sind neu hier, wir sind es genauso, lassen Sie uns doch gemeinsam eine Lösung im Sinne der Steirerinnen und Steirer für eine Verbesserung im Gesundheitssystem erarbeiten. Ich danke.
(Beifall bei den NEOS – 12.28 Uhr)

Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Georg Schwarzl. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Schwarzl – Grüne (12.29 Uhr): Sehr geehrte Landtagspräsidentin, sehr geehrte Landesregierung und Frau Landesrätin, sehr geehrter, aber doch viel zu männlicher Landtag, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Bei diesem Thema geht es nicht um spektakuläre notärztliche Einsätze, es geht auch nicht um die ehrlicherweise manchmal schwer nachvollziehbaren Beschwerden. Es geht um sehr viel, das genau zwischen diese beiden Extreme fällt. Es betrifft vor allem auch die Momente, in denen den kleinsten in unserer Gesellschaft – Kindern, Familie und älteren Menschen – Ängste zu nehmen sind, Sicherheit zu geben und oft einfache, aber wichtige medizinische

Hilfe anzubieten ist. Hilfe, die nicht durch notärztliche Mittel oder Spitalsambulanzen zu leisten ist, sondern im besten Fall durch die HausärztInnen. Und ja, diese Dinge passieren eben nicht in der Realität nicht nur zwischen 08.00 Uhr und 17.00 Uhr abends, sondern rund um die Uhr und das sieben Tage die Woche. Es braucht mehr als nur vermeintlich gute Ideen, die einfach durchgezogen werden, ohne zurück zu blicken. Für eine nachhaltige, wirksame Gesundheitsversorgung braucht es auch den Mut und vor allem den Willen, über den Tellerrand zu blicken oder in unserem Fall über die Bundesländergrenzen hinaus. Am Beispiel Oberösterreich sieht man, was entstehen kann, wenn man mit allen und den unterschiedlichsten Partnerinstitutionen und –organisationen gemeinsam, natürlich auch hart, verhandeln wird. Am Ende steht ein funktionierendes System eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes, das den Menschen zur Verfügung steht und unabhängig davon, wo jemand wohnt, und zu welcher Uhrzeit gesundheitliche Probleme auftauchen mögen. Wer davon spricht, die Regionen, den ländlichen Raum zu stärken, der/oder die sollte das bitte auch gesamtheitlich tun und damit auch in einem Thema, das alle betrifft – egal, ob arm oder reich, ob jung oder alt, wie eben auch in der Gesundheitsversorgung. Um eines gleich vorweg zu nehmen, ja, wir sind nicht Oberösterreich, wir sind die Steiermark, wir haben unsere Eigenheiten und besonderen Bedürfnisse. Aber gleichzeitig bin ich auch davon überzeugt, dass man viel voneinander lernen kann. Es geht also nicht darum, das oberösterreichische Modell herzunehmen, zu kopieren und eins zu eins auf die Steiermark umzulegen. Es geht ganz einfach darum, sich mit den KollegInnen auszutauschen, etwas gut Funktionierendes genau anzuschauen, um mit möglichen Anpassungen in ein für die Menschen funktionierendes Konzept in der Steiermark zu gießen.

Damit komme ich auch schon zu zwei zentralen Punkten, die eine entscheidende Rolle in Oberösterreich spielen. Es gibt begleitend zwei ärztliche Bereitschaftsdienste am Wochenende, welche einer Spitals- und eine Ambulanzauslastung des steirischen Systems entgegenwirken und die Fortführung des in vielen Regionen bewährten Bereitschaftsdienstes ermöglichen würde. Und das Zweite und so simpel es auch klingen mag, aber trotzdem ein wichtiger Punkt ist: Es steht den ÄrztInnen ein Kraftfahrdienst statt eines Selbstfahrersystems zur Verfügung. Das dient nicht nur zur Unterstützung bei Nacht, Nebel und Niederschlag, sondern eben auch zum Selbstschutz der HausärztInnen im Bereitschaftsdienst nicht alleine, in vielleicht unbekannte Haushalte gehen zu müssen. Als angehender Mediziner ist mir wichtig zu sagen, mehr Geld ist nicht immer das einzige Allheilmittel der Attraktivierung. Vielmehr braucht es eben weitergedachte, richtige Rahmenbedingungen, zu denen

selbstverständlich auch eine faire Bezahlung dazu gehört. Aber vor allem alles, das dazu beiträgt, die bestmögliche Versorgung unseren Mitmenschen bieten zu können. Dafür üben wir diesen Beruf schließlich auch aus – ich als angehender Mediziner und wir alle als Abgeordnete. In diesem Sinne lade ich Sie, Frau Landesrätin, und die Regierung ein, kritisch begonnene Projekte zu evaluieren und offen dafür zu sein, den Blick auch auf andere, funktionierende Ansätze zu werfen und so eine flächendeckende und gute Gesundheitsversorgung den Steirerinnen und Steirern zu ermöglichen.

Daher stelle ich den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit den anderen Partnern im Gesundheitssystem das steirische System des ärztlichen Bereitschaftsdienstes nach dem Vorbild Oberösterreichs zu attraktivieren. Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen und den NEOS – 12.33 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr stellvertretender Klubobmann Stefan Hermann. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (12.33 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Werte Damen auf der Regierungsbank, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher! Lassen Sie mich ein bisschen in die Vergangenheit blicken, denn die Kritik an diesem Ärztereitschaftsdienst ist nicht neu. So waren es wir Freiheitlichen, die bereits im letzten April auch eine Dringliche Anfrage zu diesem Themenkomplex eingebracht haben. Es steht außer Zweifel, dass das alte System nicht zukunftsfähig ist und dass es Reformen braucht. Leider wurden bei der Installation dieses Ärztereitschaftsdienstes, wie so oft, bereits im Vorfeld geäußerte Kritik und Bedenken am neuen System nicht beachtet. Die Dringliche Anfrage, die wir damals im April einbrachten, wurde von der Landesregierung lapidar als Panikmache abgetan und gerade einmal belächelt. Der Bereitschaftsdienst wurde, wie gesagt, im Frühjahr 2019 eingeführt und die Medien zogen bereits ein Monat nach der Etablierung dieses Gesundheitstelefon dieses Bereitschaftsdienstes eine erste Bilanz. So berichtete die Kleine Zeitung am 20. April, wie der Bereitschaftsdienst in den einzelnen Bezirken funktioniert. In Bruck-Mürzzuschlag und Hartberg-Fürstenfeld war man noch vorsichtig optimistisch zu dieser Zeit. Man sprach von Kinderkrankheiten und dass einige Sprengel nicht besetzt wären. In der Südoststeiermark fiel damals das Urteil schon bereits negativ aus. In Leoben konnten damals nur 30 % der Dienste besetzt werden. Im Bezirk Weiz sprach man

davon, dass nur eine Handvoll Ärzte teilnimmt und dass die Fahrtstrecken teilweise zu weit sind. In Liezen sprach man damals davon, dass nur 21 % der Abdeckung gewährleistet werden kann und das System falsch aufgesetzt wäre. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe dann auch in der Recherche einen Fall gefunden, der sich am 24. April ereignet hat, wo eine Fohnsdorferin mit ihrem Kind, das starkes Fieber bekam und Ohrenschmerzen hatte, versucht hat, über dieses Gesundheitstelefon Hilfe zu erhalten. Und sie hat angerufen und nach zwei Stunden, berichtet die Kleine Zeitung, hat erst jemand abgehoben. Sie hat dann diesem Bediensteten des Roten Kreuzes davon erzählt, dass ihr Kind starke Schmerzen hat und kurz vor einem Fieberkrampf ist und er hat nicht helfen können. Er hat gemeint, es dauert zwei bis drei Stunden, bis sich ein Arzt melden würde, woraufhin diese Mutter dann ins LKH Leoben gefahren ist, um ihr Kind behandeln zu lassen. Es war 45 Kilometer entfernt und im Krankenhaus erhielt sie die Nachricht, dass sie nicht die Erste sei, die in der Nacht kommt, dass es bereits sieben, acht solcher Fälle in Leoben waren. Ein Vorfall, bei dem schon damals die Alarmglocken schrillen hätten müssen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in den Weihnachtsferien hat sich erneut die Schwäche dieses Systems gezeigt. So waren Visitendienste stark unterbesetzt, von den fehlgeleiteten Patientenströmen haben wir ja schon gehört, und, was besonders schlimm und schockierend ist, dass PatientInnen an geschlossene Ordinationen verwiesen worden sind. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese vielschichtige Kritik, die Berichterstattung in den Medien, die führt natürlich zu einer Verunsicherung der Bevölkerung. Und diese Verunsicherung gilt es entsprechend auszuräumen. Die aufgetretenen Schwachpunkte müssen analysiert und abgestellt werden, und, meine sehr geschätzte Frau Landesrätin, die vielleicht jetzt kommenden Hinweise, dass es sich um Kinderkrankheiten eines Systems handelt, die gehen definitiv ins Leere, denn es gibt ja dieses System jetzt fast ein Jahr und die Gesundheit ist zu wichtig, um hier notwendige Änderungen zu verschlafen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 12.37 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.37 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, vielen Dank!

Vielen Dank, Frau Landesrätin, zuerst einmal für die Beantwortung der Fragen und selbstverständlich ist es okay für uns, dass es da auch Zusammenfassungen gegeben hat bzw.

Nachreichungen erfolgen werden. Bei Punkt drei haben wir übrigens direkt nach den Regionen gefragt, also da ging es uns sowieso um die Durchschnittswerte. Wir fragen da auch deshalb so genau nach, das soll jetzt keine Häkelei sein, sondern wir wollen ja auch überprüfen, ob diese Zahlen, die an uns herangetragen werden, oder diese Aussagen, mit denen wir auch beschäftigt werden in unserem Klub, ob die eben stimmen können oder nicht. Also deswegen haben wir da auch sehr detailliert nachgefragt. Aber vor allem die Beantwortung Ihrerseits jetzt von den Punkten vier und sechs, jetzt lese ich sie nicht noch einmal vor, die KollegInnen haben sie ohnehin alle vor sich liegen, zeigt ja offensichtlich sehr wohl oder einmal mehr, kann man sagen, dass es eben eine Unterversorgung in spezifischen Regionen gibt. Sie haben es auch selber erwähnt, Sie machen keinen Hehl aus den Problemen und Sie sagen ja selbst auch, es gibt signifikante Unterschiede und auch, ich glaube, das haben Sie im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der Ärztekammer erwähnt, wenn ich es richtig im Kopf habe, da ist noch Luft nach oben. Oh ja, da ist noch Luft nach oben, das erleben wir ja auch in den Gesundheitsplattformsitzungen immer. Manchmal hat man das Gefühl, man sitzt dort irgendwie so ein bisschen in einem Gremium, wo durchaus der eine oder andere Funke sprüht und dass das alles miteinander nicht so leicht ist, dass man diese ganzen Player, die da dabei sind, für die alle eine gute Lösung finden, das ist mir schon bewusst, aber letztendlich, und da sind wir durchaus konform und ich denke, nicht nur wir zwei, sondern wir alle im Landtag, dass wir natürlich eine optimale und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Steirer und Steirerinnen haben wollen. Ich glaube, das steht außer Frage. Es ist sehr beruhigend, wenn Sie sagen, wir warten nicht drei Jahre, das habe ich auch nicht behauptet, ich habe ja nur zitiert, dass es ursprünglich geheißen hat, nach drei Jahren wird dieses System evaluiert und ich habe Ihnen sehr genau zugehört und hoffe, dass Sie es mir gegenüber auch getan haben. Ich habe ja auch erwähnt, dass laufend dann immer erwähnt wurde, es wird jetzt laufend evaluiert und gewisse Dinge sich sehr wohl schon zum Positiven verändert haben. Aber natürlich auch deswegen, weil wir darauf aufmerksam gemacht haben und weil es thematisiert wurde, z.B. dann doch diese Sprengel wieder zu verkleinern. Das war ja hier im Landtag mehrmals Thema. Fakt ist auch, und da möchte ich jetzt nur noch einmal, ich hoffe nicht, dass es hier zu einem Missverständnis gekommen ist, wir haben ja nichts anderes behauptet, als dass es ursprünglich eine Verpflichtung gegeben hat, die dann offensichtlich nicht korrekt war und die jetzt ausgesetzt wurde. Das steht ja sogar auch in unserer Begründung der Dringlichen Anfrage drinnen, die Verpflichtung der KassenvertragsärztInnen zur Leistung von

Bereitschaftsdiensten ist mit dem neuen System entfallen. Nun ist die Teilnahme am Wochenende- und Feiertagsdienst ebenso freiwillig, wie der schon bisher bestehende freiwillige Wochentagsdienst. Wir haben natürlich als Beispiele die Länder Wien und Oberösterreich erwähnt, weil es dort eben anders geregelt ist. Und ob das jetzt – bitte stoßen Sie sich nicht an dem Wort „Notdienstverordnung“, das kann man gerne auch anders nennen, wenn Ihnen das lieber ist. Was mich aber jetzt interessieren würde und weil Sie es erwähnt haben, es gibt bereits eine Arbeitsgruppe, wo es darum geht zu schauen, stimmt diese Aussage, dass in den Ambulanzen die Zahl der Patienten und Patientinnen nun doch angestiegen ist, oder stimmt das nicht. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das diese Arbeitsgruppe ist, die der Herr GKK-Obmann Harb auch erwähnt hat oder ob er da ganz etwas anderes will. Uns würde interessieren, was kommt bei der Arbeitsgruppe heraus? Was sind da die Ergebnisse und inwieweit kann man dem Landtag damit auch Bericht erstatten mit den Ergebnissen? Das wäre jetzt einfach eine Bitte, die ich hier loswerden möchte auch, denn wir hören sehr oft von Arbeitsgruppen, die sich mit Problemen auseinandersetzen, können als Abgeordnete aber nicht wirklich etwas damit anfangen, wenn wir dann keine Präsentation der Ergebnisse haben. Vielleicht ist das ja möglich, künftig dahingehend auch Bericht zu erstatten.

Letztendlich habe ich noch zwei Entschließungsanträge, die ich in diesem Sinne gerne einreichen möchte und ich glaube, wir sind uns einig, man hat es ja auch gesehen, es hat sich de facto jede oder fast jede, weiß ich jetzt nicht mehr, Fraktion zu Wort gemeldet, dass es ein Thema ist und dass wir sozusagen etwas verbessern wollen. Jetzt auf der einen Seite haben wir es noch einmal festgehalten, indem wir eben uns auf die ursprüngliche Aussage, dass eine Evaluation – danke, Frau Präsidentin, danke –, dass eine ursprüngliche Evaluation nach drei Jahren fällig geworden wäre.

Wir möchten es jetzt spezifizieren und stellen deshalb folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den ärztlichen Bereitschaftsdienst ein Jahr nach Einführung zu evaluieren und diese Evaluierung dem Landtag vorzulegen. Ich bitte um Annahme.

Und ein zweiter Antrag, den ich jetzt auch gleich anschließen möchte, ist folgender: Die Frage ist, wie halten Sie es diese Periode mit den Enqueten? Ich habe hier ja auch schon Verschiedenes erlebt. Es gab eine Legislaturperiode, wo man sehr gerne zu Themen Enqueten abgehalten hat. Ich persönlich bin ein Fan von Enqueten, wenn mit den Ergebnissen etwas

gemacht wird, denn da gab es große Unterschiede. Es gab Enqueten, wo Ergebnisse präsentiert wurden, wo man dann auch wirklich versucht hat, etwas umzusetzen. Es gab aber auch Enqueten, und die, die schon länger hier im Landtag sitzen, werden mir vermutlich zustimmen. Es gab auch Enqueten, da gab es dann eine schöne Dokumentation und das war es. Darum hat man sich in der letzten Legislaturperiode dafür entschieden und hat gesagt, Enquete ist jetzt nicht wirklich das, was wir wollen. Wir riskieren es jetzt einmal.

Wir stellen folgenden Antrag: Ich glaube nämlich, dass es inhaltlich der Methode Enquete sicher zusprechen würde, wenn wir dieses Thema hier behandeln, nämlich den Ärzte-, Ärztinnenmangel in der Steiermark und wir stellen deshalb folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Steiermark hält im Jahr 2020 eine Enquete zum Thema ÄrztInnenmangel in der Steiermark ab.

Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen und möchte abschließend jetzt noch zusammenfassen. Wir sind uns einig, Sie haben es erwähnt, ich habe es, glaube ich, auch gesagt, andere haben es auch gesagt, es geht um die beste Gesundheitsversorgung der Steirerinnen und Steirer. Wir geben gerne neuen Systemen eine Chance, wir möchten aber auch, wenn erkennbar ist, dass dieses neue System Fehler hat und verbesserungswürdig ist, auch einen Schritt zurück machen dürfen und sagen, schauen wir uns das noch einmal an, verbessern wir es wirklich, lösen wir auftauchende Probleme. Und, um jetzt beim Kollegen Schwarzl anzuschließen, der gemeint hat, man muss auch über den Tellerrand hinausblicken, machen wir auch, wenn es notwendig ist.

Wir werden dem Entschließungsantrag der Grünen auch unsere Zustimmung geben. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich kenne das System in Oberösterreich nicht, aber man kann sich, ... ich glaube auch nicht, dass man es eins zu eins umlegen kann, aber ich denke, es ist durchaus, es wäre, um noch einmal die Kollegin Grubesa auch zu zitieren, im Sinne von konstruktiven Vorschlägen der Opposition, sich das Eine oder Andere anzuschauen und in diesem Sinne hoffe ich, dass wir dieses Problem wirklich so schnell wie möglich auch in den Griff bekommen. Denn, dass es Probleme gibt, ist ja auch laut Aussage der neuen zuständigen Gesundheitslandesrätin unumstritten. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 12.46 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte.

LTabg. Riener – ÖVP (12.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Haus und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf einmal auch alle jene, die heute neu hier in diesem Landtag sind, herzlich willkommen heißen und freue mich auf die Zusammenarbeit. Wir haben jetzt bei der Dringlichen ein Thema, mit diesem Thema haben wir eigentlich die letzte Legislaturperiode beendet. Das heißt, es geht nahtlos über und unsere neue Frau Landesrätin, Gesundheitslandesrätin, ist gleich voll gefordert in unserer ersten ordentlichen Sitzung. Aber, es ist ein wichtiges Thema. Es ist ein wichtiges Thema, dem wir uns auch die ganze Zeit widmen und da möchte ich zu Beginn gleich einmal meinen Dank an den Gesundheitsfonds richten. Die beiden Geschäftsführer sind hier im Raum, weil sie in der Steuerung für ein gutes Gesundheitssystem eine sehr, sehr wichtige Rolle haben und wie in der Beantwortung, die sehr fundiert, sehr ausführlich von unserer Gesundheitslandesrätin erfolgt ist, auch dargelegt wurde, dass ständig auch bereits jetzt nachjustiert wird, um unser sehr gutes Gesundheitssystem, weltweit sehr gutes Gesundheitssystem auch weiter so aufrechterhalten zu können und auch nachzubessern. Recht, recht herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das mit dem weltweit sehr guten Gesundheitssystem habe ich deswegen betont, nämlich für den Kollegen Reif von den NEOS, weil dein Klubobmann hat vorhin gesagt: „Wir wollen auch das positive hervorheben“, also insofern war mir das jetzt ein Anliegen. Wir haben ein Gesundheitssystem umfassend zu betrachten, das wurde heute auch mehrfach schon ausgeführt und wir widmen uns heute dem Ärztereitschaftsdienst, der gerade, und das sage ich auch ganz offen, das wurde auch von unserer Gesundheitslandesrätin gesagt, nicht rund läuft und auch während der Feiertage nicht rund gelaufen ist. Wir haben gut hinzuschauen, keine Frage, aber wir dürfen auch nicht verleugnen, dass bereits nachgebessert wurde, dass dem Grund und den Ursachen nachgegangen wird, warum eben z.B. die Ordinationen, die als geöffnet dargelegt waren, eigentlich geschlossen waren, dass das nicht eingemeldet wurde. Inzwischen konnte über ein Gespräch auch klargestellt werden, dass es keine datenschutzrechtlichen Bedenken gibt – wer heute die Medien verfolgt hat, hat auch der Datenschutzbeauftragte darauf hingewiesen, dass das nicht der Fall ist. Also insofern gehe ich jetzt einmal davon aus, dass das in Zukunft funktionieren wird. Der Bereitschaftsdienst, bevor dieses neue System aufgesetzt wurde und jetzt schaue ich jene Kolleginnen und Kollegen hier im Raum an, die Bürgermeister sind, in den Gemeinden Verantwortung tragen, die wissen ganz genau, dass das auch nicht in allen Gemeinden rund gelaufen ist. Seit ich in diesem Haus bin, und das sind auch ein paar von den Kolleginnen und Kollegen, war dieser

Bereitschaftsdienst früher schon immer als Gemeindearztvereinbarungen für die Schuluntersuchungen, für die Totenbeschau, für die Untersuchungen nach dem Unterbringungsgesetz immer wieder Thema und Problem. Das heißt, man hat jetzt in der Koppelung dieses Problems mit den Bereitschaften versucht, das in den Griff zu bekommen – und daran arbeiten wir. Es ist ein lernendes System, das ständig eben lernen muss und es wurde auch von dir, Sandra, Frau Klubobfrau Krautwaschl, angesprochen. Wir müssen eben schauen – und da bin ich auch bei dir, dass man schaut, was machen die anderen Bundesländer. Aber, Claudia, du hast das auch gesagt, man kann dann nicht alles eins zu eins übernehmen. Also das heißt, wir schauen wo stehen wir, was sind unsere Problemstellungen, was sind unsere Ursachen, unsere Herausforderungen und darauf aufbauend dann letztendlich eben eine auf die Steiermark zugeschnittene Lösung – daran werden wir arbeiten. Das hat auch unsere Frau Landesrätin dargelegt und zugesagt. Bezüglich der Wahlärzte, genau das ist auch, ich glaube, da gibt es ein Missverständnis, sie sind nicht versorgungsrelevant – wir können nämlich in der Steuerung für die Versorgung die Wahlärzte nicht miteinbeziehen, weil sie in ihrer Freizeit, wie sie ihre Angebote und ihre Leistungen anbieten, so muss man sagen, ihre Leistungen anbieten, nicht den Vereinbarungen der Österreichischen Gesundheitskassa, jetzt – früher Sozialversicherungsträger insgesamt – unterliegen. Also insofern konnten wir sie nicht einplanen und zu irgendetwas mit einem versorgungsrelevanten Blick sozusagen einbauen. Genau das sehe ich auch als Problem. Aber da ist der Bund dann gefordert, wenn immer mehr Ärztinnen und Ärzte in das Wahlarztsystem wechseln, weil sie sich keinen Reglementierungen unterziehen, dann muss das grundsätzlich angegangen werden und geregelt werden und das ist auf Bundesebene zu regeln.

Bezüglich Landärztetätigkeit aktivieren – danke, Frau Landesrätin, das ist genau der Punkt. Ich darf aber auch erinnern, weil jetzt der Wunsch nach einer Enquete da ist, der Gesundheitsfonds hat eine Veranstaltung gemacht, wo alle Parteien auch dazu in Form der Gesundheitssprecher eingeladen waren. Das war im Rittersaal, wo genau auch präsentiert worden ist, wie die Attraktivität für den Allgemeinmediziner in der Steiermark praktisch verbessert werden kann, woran gearbeitet wird. Also bitte das auch zu berücksichtigen, nicht immer eine Enquete.

Wir werden nachdenken, wie wir in Zukunft mit diesen Enqueten umgehen, genau, du sagst es richtig. Es gibt Enqueten, wo nichts herauskommt, wo man ein schönes Schriftstück hat, aber letztendlich nicht weitergearbeitet wird. Wenn, dann soll es eine Enquete geben, wo wirklich auch tatsächlich eine Folgeleistung erfolgt. Aber wir brauchen nicht immer

Enqueten, weil es eben so eine Veranstaltung bereits gegeben hat und der Gesundheitsfonds daran auch weiterarbeitet. Also insofern das bitte auch beachten und auch sehen, was da gemacht wird. Mir ist auch wichtig festzuhalten, es wird viel Geld in die Hand genommen vom Land Steiermark, vom Gesundheitsfonds, um unseren Bereitschaftsdienst aufrecht zu erhalten oder gut aufzusetzen. Ich möchte die Zahlen jetzt nicht sagen, was ein Mediziner, eine Medizinerin an einem Wochenende, wenn sie, so wie seinerzeit das ganze Wochenende Dienst macht, verdienen würde. Aber es ist ein sehr, sehr guter Betrag. Und deswegen ist es mir wichtig, wir müssen alle begreifen, wir sind alles Partner in diesem System, wo wir als Land Steiermark steuern und finanzieren können; wo die Österreichische Gesundheitskasse mit dem Land Steiermark steuern und finanzieren kann; wo die Ärzte mittun müssen und verdienen können. Aber es geht nur, wenn es eine Win-Win-Win-Situation ist, und das haben sich unsere Steirerinnen und Steirer und vor allem unsere Patientinnen und Patienten verdient, dass wir zusammenhalten und das ist auch ein Plädoyer an die Ärztekammer. Wir müssen es gemeinsam schaffen und wir können nicht immer wieder mehr, mehr, mehr, mehr fordern, dann können wir nur scheitern. Das geht nicht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Da ich im Prinzip aber positiv denkend bin, glaube ich, dass die Ärztekammer auch verstanden hat, dass sie Partner sein müssen und dass sie auch in Zukunft eine gute Gesprächsbasis mit uns auch aufbauen, dass sie auch, wenn sie ihre Ärztinnen und Ärzte gut vertreten wollen als Interessensvertretung, nicht den Bogen überspannen dürfen, weil letztendlich wir sonst gezwungen sind, ein ganz anderes System, um die Versorgungssicherheit aufrecht zu erhalten, aufzubauen. Und das wäre meines Erachtens nicht im Sinne des niedergelassenen Bereichs.

In diesem Sinne glaube ich und wiederhole ich mich: Nur gemeinsam können wir ein gutes System im Bereitschaftsdienst aufbauen oder weiterentwickeln und da sowieso ein ständiges Evaluieren, ein ständiges Nachjustieren und ein ständiges Monitoring stattfindet, werden wir, liebe Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, dem Entschließungsantrag „Evaluierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes“ zustimmen. Ich bitte aber auch zu akzeptieren, dass wir aufgrund der bereits geschehenen Veranstaltungen vom Gesundheitsfonds in Blickrichtung „Allgemeinmediziner attraktivieren“ dem Antrag für eine Enquete nicht zustimmen. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.56 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Marco Triller. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Triller, BA – FPÖ (12.56 Uhr): *(LTabg. Schwarz: „Jetzt haben wir ihn wieder!“)*

Ja, Schwarz, jetzt hast du mich wieder, gell? Schön ist das.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher!

Es wurde zu dem Thema wirklich sehr viel Konstruktives beigetragen, sehr, sehr viel Gutes, Wichtiges und Richtiges auch gesagt. Ich glaube, die Problemanalyse ist bis zur Landesregierung vorgedrungen. Ich glaube, die Probleme im gesamten sind auch bekannt. Vor allem wir in den Regionen, und ich komme auch aus der Obersteiermark, gibt es Probleme. Die Menschen kommen zu uns und regen sich selbstverständlich darüber auf, wenn ein Arzt nicht in Bereitschaft ist, wenn sie keine Gesundheitsversorgung in unmittelbarer Nähe oder in einem unmittelbaren Zeitraum haben. Ich bin aber davon überzeugt, dass man den richtigen Weg geht, indem man zusammenarbeitet. Und ich habe heute sehr, sehr viel Positives von allen Fraktionen gehört. Auch vom Kollegen der NEOS, vom Herrn Kollegen Reif, ist irrsinnig Gutes und Wichtiges gekommen, wie er eben die Regionen auch angesprochen hat, dass man vielleicht die Sprengel, die Distrikte, wie sie früher geheißen haben, auch neu evaluiert und der Kollege von den Grünen, der selbst angehender Mediziner ist, hat das oberösterreichische Modell angesprochen. Ich kenne es jetzt selber auch nicht so gut, bin aber nach meiner Berufsausbildung als Berufsoffizier nach Oberösterreich ausgemustert, in das Mühlviertel, in den Bezirk Freistadt und muss dazu sagen, dass die Gesundheitsversorgung dort, obwohl das eine sehr kleine Stadt ist, obwohl die mehr oder weniger weg von einer Großstadt wie Linz ist, es ist eben einmal eine Dreiviertelstunde Entfernung, bis sie die nächste Großstadt erreichen, gibt es hier eine gute Versorgung in Oberösterreich. Und ich glaube, in einem Bereich kann man Oberösterreich ja schon auch mit der Steiermark vergleichen, wenn es da um die verschiedensten Regionen geht, wenn es um die städtische Struktur geht, rund um die Ballungszentren, wenn es aber darum geht, was jetzt die Regionen sind, beispielsweise das Mühlviertel oder Innviertel, andere Bereiche. Ich glaube, da sind wir gut aufgestellt. In der Steiermark brauchen wir aber vielleicht auch den Input der Oberösterreicher, wenn man sagen kann, wir konzentrieren uns auch auf Krankenhäuser in den Regionen. In der Steiermark werden in den Regionen die Krankenhäuser genommen, in Oberösterreich beispielsweise bleiben sie bestehen. Also da gibt es einen gravierenden *(LTabg. Grubesa: „Da haben sie keines zugemacht. Das stimmt nicht!“)* Unterschied. In deiner Heimatgemeinde wird es bald kein Krankenhaus aufgrund der Sozialdemokratie mehr geben, liebe Kollegin Grubesa. Auch ein Riesenproblem. *(Beifall bei*

der FPÖ) Und so ist es eben bei uns in der Steiermark, man muss nach vorne schauen. Ich glaube, Gesundheit ist uns allen ein Anliegen, Gesundheit ist wichtig. Die Frau Landesrätin hat nicht gerade das einfachste Ressort von ihrem Vorgänger geerbt, ich wünsche aber jetzt schon wirklich alles Gute, viel Erfolg vor allem, viel Durchhaltekraft, das ist notwendig in diesem Ressort, und vor allem viel Mut, das vielleicht zum Teil Chaotische im Vorhinein wieder auf den richtigen Weg zu bringen, auch dazu braucht es Kraft und Stärke. Dass wir gemeinsam für die Steiermark die beste Gesundheitsversorgung herausholen, ist im Sinne aller Parteien.

Und, Frau Kollegin Riener, du hast angesprochen bei Enquetes kommt nicht immer etwas heraus. Es kommt auch in verschiedensten Arbeitsgruppen nicht etwas heraus. Das ist auch ein Problem. Also ich finde die beiden Entschließungsanträge der Kommunistischen Partei sehr gut und positiv. Wir werden diese natürlich unterstützen, auch den Entschließungsantrag der Grünen, ebenfalls eine gute Variante, dass man vielleicht die Steiermark im Gesundheitsbereich nach vorne bringt und eines habe ich mir noch aufgeschrieben, ja, Frau Kollegin Riener, es geht um die win-win-Situation, ja, win-win, der Bürger soll einen Gewinn haben, win-win-win, der Bürger soll einen Gewinn haben, die Politik soll einen Gewinn haben und, weiß ich nicht, die Steiermark soll einen Gewinn haben, oder die Ärzte sollen einen Gewinn haben. Ja, ich glaube aber, dass in den verschiedensten Bereichen in der Steiermark, in vielen Regionen, der Bürger nicht gerade der ist, der in dieser win-Situation ist, auch da bedarf es natürlich eines Aufholbedarfes und da müssen wir voranschreiten, dass wir gerade in Regionen, die von der Ausdünnung betroffen sind, wieder mehr investieren. Da gehört Geld in die Hand genommen. Gesundheit muss Geld kosten und da muss uns jeder Cent auch etwas wert sein und es kann nicht genug Geld für die Gesundheit in die Hand genommen werden. In diesem Sinne wünsche ich uns eine voranschreitende positive Gesundheitspolitik in der Steiermark.

Frau Landesrätin, alles Gute, viel Erfolg, ich hoffe auf viele gemeinsame Gespräche mit allen vertretenen Fraktionen hier im Landtag und es kann nur besser werden. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 13.01 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hannes Schwarz. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Schwarz – SPÖ (13.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Riener hat ohnehin schon das Wesentliche gesagt, ich wollte mich nur auch noch zu Wort melden als sozusagen ehemaliger Gesundheitssprecher. Der Punkt ist ja der, wir haben ein Bereitschaftsdienstmodell im April vergangenen Jahres installiert. Eines, das vom Grund heraus gut gedacht ist, das aber allerdings Anpassungsbedarf hat. Das hat ja niemand in Zweifel gestellt und das wird ja auch permanent sozusagen evaluiert und es wird permanent daran gearbeitet, es zu verbessern. Also das ist ja im Grunde genommen zweifelsfrei so gegeben und das hat ja niemand jemals in Abrede gestellt. Das Wichtigste ist in diesem Bereich, das eben viele Stakeholder, wie man das neudeutsch sagt, dazu aufgerufen sind zusammenzuarbeiten, dass dieses System gut funktioniert. Das ist zum einen der Gesundheitsfonds, das ist das Land Steiermark, das sind aber auch die Ärztinnen und Ärzte in der Steiermark gemeinsam mit der Ärztekammer in der Steiermark. Und hier eine verlässliche Partnerschaft zu schmieden, hier eine gute Form der Zusammenarbeit zu finden, das ist eben ein Ding, das nicht so einfach in Umsetzung zu bringen ist, aber wo wir beständig daran arbeiten, dass dieses Bereitschaftsdienstmodell auch gut funktioniert, weil es ja wichtig ist, dass es mit diesem neuen Gesundheitstelefon, mit diesem neuen Modell einen Fortschritt im steirischen Gesundheitswesen gegeben hat und gibt, und keinen Rückschritt – so, wie wir das insgesamt im Rahmen der Umsetzung des RSG, des Regionalen Strukturplans Gesundheit in allen Bereichen wie auch im Spitalsbereich erleben. Also insofern habe ich großes Zutrauen in alle Verantwortungsträger, dass wir das noch verbessern und noch weiterentwickeln. Gegen Evaluierungen hat ja niemand was, aber man muss eben auch evaluieren, wenn man schon Ergebnisse hat. Es bringt ja nichts, neue Systeme zu evaluieren, wenn man noch nicht einmal erste Erfahrungswerte gewonnen hat. Aber das wird auf jeden Fall passieren und wir werden ja in Zukunft weiter in der Plattform, in allen Gremien daran gemeinsam arbeiten, dass dieses Bereitschaftsdienstmodell, von dem ich persönlich der Überzeugung bin, dass es ein gutes Modell ist, das noch Adaptierungen braucht, das vor allem auch die Zusammenarbeit braucht, dass sich dieses Modell auch weiterentwickeln wird und dass es ein gutes Modell ist und auch in Zukunft sein wird. Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen, ich finde es ein bisschen befremdlich, wenn alle über das oberösterreichische Modell reden, aber im gleichen Atemzug sagen, sie kennen es nicht. (*LTabg. Krautwaschl: „Ich kenne es schon!“*) Also, ich meine jetzt nicht die Grünen, sondern die anderen Fraktionen der Opposition, die dazu gesprochen haben, haben gesagt: „Ja, wir kennen es zwar nicht, wir

stimmen aber zu.“ Also ich denke, dass wir in der Steiermark selbstbewusst genug sein können, dass wir ein gutes, steirisches Modell haben, das wir gemeinsam weiterentwickeln. (LTAbg. Klimt-Weithaler: „Der Antrag lautet ja prüfen!“) In diesem Sinne, Claudia, ein steirisches Glück auf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.05 Uhr)

Präsidentin Kolar: Danke, Herr Klubobmann. Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 198/4, betreffend „Den ärztlichen Bereitschaftsdienst auf das höhere oberösterreichische Modell anheben“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 198/2, betreffend „Abhaltung einer Enquete zum Thema ÄrztInnenmangel in der Steiermark“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 198/3, betreffend „Evaluierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Danke.

Einstimmige Annahme.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet und die Tagesordnung erledigt.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 11. Februar 2020 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem, das heißt elektronischem Weg eingeladen.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 13.07 Uhr